

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporture sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gesp. Zeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche (Inserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 38.

Sonntag, den 20. September.

1903.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

**Zur gest. Beachtung!** Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Allen Beschwerdeführern über unpünktliche Zustellung des Tabak-Arbeiters zur Nachricht, daß die Verzögerungen größtenteils darauf zurückzuführen sind, daß Umbestellungen zc. zu spät in unsere Hände gelangen. Wir bitten daher die Betroffenen, alle auf den Versand bezüglichen Mitteilungen uns bis spätestens **Mittwoch mittag** zugehen lassen zu wollen, damit dieselben zu der **Sonntags-Nummer** berücksichtigt werden können. Die Expedition.

## Neue Gefahren.

Ein Schatzsekretär ging und ein anderer kam, aber die Finanznot des Reichs nahm bei dem öfteren Wechsel nicht ab, sondern sie nahm zu. So wird es auch unter dem neuen Staatssekretär des Reichsschatzamtens, Freiherrn von Stengel, gehen, der den kaltblütigen Freiherrn von Thielmann abgelöst hat. Es gehörten schon mehr als Tausend Spielerkinnite dazu, wollte ein Schatzsekretär in der Gegenwart den Reichsetat ins Gleichgewicht bringen, ohne neue Steuern locker zu machen. Stellt sich aber jemand, wie Herr v. Stengel, dazu noch die Aufgabe, eine Reichsfinanzreform durchzuführen, die eine entlastende Wirkung der Matrikularbeiträge für die Einzelstaaten haben soll, so ist das ohne eine starke Vermehrung der Reichseinnahmen nicht zu erzielen.

Die wirtschaftliche Lage des Reichs ist jedoch gegenwärtig einer Vermehrung der Reichseinnahmen nicht günstig. Noch immer lastet die wirtschaftliche Krise auf allen Erwerbsklassen. Dadurch wird nicht nur die durch die Bevölkerungszunahme erzeugte natürliche Steigerung der Reichseinnahmen zurückgehalten, es ist auch schwerer, der wirtschaftlich geschwächten Bevölkerung neue Steuern aufzuerlegen. Zwar haben bisher alle Schatzsekretäre kein Empfinden für die mißliche Lage des Volkes gehabt; sie bedauerten höchstens, nicht so viel aus dem Volke herauszuschlagen zu können, als sie wünschten. Und immer waren sie mit neuen Steuerplänen bei der Hand. Gedrängt, mehr Mittel zur Durchführung neuer Regierungsforderungen zu schaffen, waren sie immer bereit, neue Schröpfungen am Volke vorzunehmen. Das wird kaum anders werden.

Freiherr v. Stengel tritt sein Amt unter den ungünstigsten Umständen an. Der Reichsetat weist für 1903 ein Defizit von ca. 30 Mill. Mark auf; dazu sind bereits neue Forderungen für das Heer und die Marine angekündigt und bei alledem ist keine Aussicht auf einen wirtschaftlichen Aufschwung. Es wäre also gar nicht anders möglich, mehr Einnahmen dem Reiche zuzuführen, als durch neue Steuern — man müßte denn die bereits eingerissene Pumpwirtschaft aufs äußerste hinausführen. Das könnte allerdings auch nur für kurze Zeit vorhalten, denn ein neuer Pump reißt noch mehr Löcher in den Reichssäckel; für die nächsten Jahre wären dann mehr Zinsen zu zahlen und die Situation wird dadurch immer kritischer. Der neue Schatzsekretär ist also vor eine schwierige Aufgabe gestellt.

Bei der Abneigung der Regierung, sowie der besitzenden Klassen vor der Einführung einer Reichseinkommensteuer, überhaupt vor direkten Steuern, wird Freiherr v. Stengel — wie seine Vorgänger — auf eine Vermehrung der indirekten Steuern zu kommen. Da eröffnet sich für die Tabakindustrie eine traurige Perspektive. Herr v. Thielmann, der abgegangene Schatzsekretär, empfand wohl das Mißliche der Finanzlage und hatte, trotz seiner Ankündigung einer höheren Besteuerung des Bieres und des Tabaks, wie es scheint, keine Lust, die Kämpfe für solche Pläne im Reichstag mit durchzuführen, er verließ daher seinen Posten und überläßt es andern, sich um der neuen Militärforderungen willen abzuquälen und mit neuen Steuern unpopulär zu machen. Er hat jetzt seine Ruh' — wohl ihm!

Aber Herr v. Stengel, die „neue Kraft“, traut sich zu, unter solchen Auspizien den Kampf gegen die Taschen des Volkes aufzunehmen und glücklich durchführen zu können. Leicht wird es ihm jedoch nicht werden, davon scheint er bereits eine Vorahnung zu haben, denn in einer Unterredung soll er bekundet haben, man müsse erst sehen, wie nach der Einführung des neuen Zolltarifs die Einnahmen des Reiches sich gestalten würden, ehe man eine Finanzreform unternähme. Das wäre sehr vorsichtig gehandelt — wenn's wahr ist! Die Einführung des Wucherzolltarifs steht noch in weiter Ferne, die auswärtigen Regierungen sind nicht bereit, ihn zu akzeptieren. Rußland und Amerika lassen sich die hohen Getreidezölle nicht gefallen und speziell unser Roggenlieferant Rußland will auf keine neuen Handelsverträge mit dem hohen Roggenzoll eingehen. Des-

halb braucht es zu keinem Zollkrieg zu kommen, man kann einfach die alten Handelsverträge fortbestehen lassen.

Indes, wie die Dinge auch kommen mögen, richtig ist es, abzuwarten, wie die Reichseinnahmen sich nach der Abwicklung dieser Dinge gestalten werden. Damit ist freilich dem Kriegsminister und dem Staatssekretär der Marine nicht gedient; sie brauchen Geld, sofort Geld. Geld muß mindestens in der kommenden Reichstagsession geschafft werden. Es fällt ihnen nicht ein, ihre neuen Forderungen zurückzustellen; sie tun das schon deshalb nicht, weil sie von höherer Stelle gedrängt werden, die gewünschten Veränderungen und Vermehrungen des Heeres und der Marine durchzuführen. So treibt ein Keil den andern.

Wollte Herr v. Stengel wirklich mit der Beschaffung neuer Mittel warten, bis die Frage der Handelsverträge erledigt ist, dann würde man ihn nicht zum Schatzsekretär gemacht haben. Nein, er muß wohl oder übel sofort an die Beschaffung größerer Mittel für Heereszwecke gehen. Und das zwingt ihn, zu neuen Steuern seine Zuflucht zu nehmen. Es ist besser, Reichstag und Volk lassen sich mit neuen Steuerplänen nicht überraschen.

Wohl kein Teil des erwerbstätigen Volkes ist mit Befürchtungen vor neuen drückenden Steuern den Reichsfinanzleitern so auf der Spur, wie die Angehörigen der Tabakindustrie. Speziell die Arbeiter der Tabakindustrie haben am meisten unter den ewigen Steuerforderungen gelitten. Der ungeheuern Zollerhöhung auf Tabak im Jahre 1879 folgten immer neue Pläne zu noch stärkerer Belastung des Tabaks. Und wurden sie auch nicht verwirklicht, dank der Rührigkeit der bedrohten Industrie, so wurde die letztere durch die stetige Beunruhigung mit Plänen neuer Tabakzollerhöhungen doch so schwer geschädigt, daß der Mißmut der Unternehmer stieg und die Entrüstung der Arbeiter nur schwer gedämpft werden konnte. Es ist also erklärlich, wenn nach der Ankündigung der endlichen Durchführung einer „Reichsfinanzreform“ die in der Tabakindustrie Beschäftigten mit neuer Sorge erfüllt sind. Denn, entschließt sich die Regierung resp. der Schatzsekretär zu neuen Steuern, dann kommt das Projekt einer höheren Belastung des Tabaks sicherlich in erster Reihe, nein, an der Spitze der Steuerpläne. Noch quält die Tabakindustrie sich unter den Schlägen der noch nicht überwundenen Wirtschaftskrise und schon drohen ihr neue Schläge. Das ist zu viel. Man sage uns nicht, daß wir zu schwarz malten. Mit eiserner Konsequenz arbeiten einflussreiche Kreise auf eine schwerere Belastung der Tabakindustrie hin. Das Wort Graf Posadowsky in der Zollkommission vorigen Jahres verliert noch mehr an Wert, je näher die Pläne nach Vermehrung der Reichseinnahmen rücken. Selbstbetrug wäre es, wollten die Arbeiter der Tabakindustrie die Augen vor den sprechenden Tatsachen verschließen.

Die Gefahr einer höheren Belastung des Tabaks ist sogar durch die Ernennung des bayerischen Freiherrn von Stengel zum Reichsschatzsekretär eine noch größere geworden, weil die bayerischen Tabakbauern, aufgehetzt durch Agitatoren des Bundes der Landwirte, sowie der Zentrumspartei, höhere Zölle auf ausländischen Tabak zu Gunsten des von ihnen selbst erbauten Krautes verlangen. Aber sie mögen sich nicht täuschen. Kommt die Regierung mit neuen Steuerplänen gegen den Tabak anmarschiert, dann erhöht sie sicher auch die Inlandssteuer, denn sie will viel mehr Geld aus dem Tabak schlagen, wie aus dem Fabrikatsteuerprojekt zu ersehen war. Besser wäre es, die Tabakbauern schlossen sich der Opposition gegen jede Erhöhung der Steuer- und Zollaufgaben auf den Tabak an. Denn die Ernennung des neuen Schatzsekretärs bedeutet neue Gefahren für die gesamte Tabakindustrie und auch für den Tabakbau.

## Vorgeschichte der modernen Fachorganisationen.

Die Geschichte der Menschheit ist ein steter Kampf, immer sehen wir Unterdrückter und Unterdrückte in schroffem Gegensatz zueinander stehen, immer finden wir die große Mehrheit der Menschen ausgebeutet von einer Minderheit, die es verstanden hat, sich durch die Arbeit anderer ein arbeitsloses, gemächliches Wohlleben zu verschaffen, während die große Masse des arbeitenden Volkes nur das notdürftigste Leben fristet.

Im griechisch-römischen Altertum trat diese Ausbeutung in ihrer nackten rohen Form auf. Die ganze so hoch verherrlichte Zivilisation der Griechen und Römer war auf der Sklaverei aufgebaut. Der Bürger verachtete die produktive Arbeit als seiner nicht würdig, wenn er vermehrte, schmarrte er lieber bei Reichen oder lebte vom Staatsalmosen, aber arbeitete nie oder nur in alleräußerster Not, denn durch Arbeit verlor er jedes Ansehen. Die Sklaven waren Kriegsgefangene und ihre Nachkommen, sie über-

trafen an Zahl die Bürger um das dreifache und wurden nicht besser behandelt als das Vieh, sie waren durchaus rechtlos.

Es ist wirklich wunderbar, daß eine so zahlreiche Arbeiterschaft, der es durchaus nicht an intelligenten Köpfen mangelte, denn berühmte Dichter wie Esop, und Philosophen wie Epiktet kamen aus ihren Reihen, sich so unmenschlich knechten ließ. Fehlte es ihnen vielleicht an persönlichem Mute? Durchaus nicht, denn es waren ja gefangene Krieger der tapfersten Völker, Germanen, Gallier, Britannier und wilde Afrikaner, was fehlte ihnen also, daß sie nicht das Joch abschütteln konnten? — Die Solidarität. Ihre Herren verstanden es vorzüglich, die Verschiedenheit der Nationalität ihrer Sklaven auszunützen, ihr Wahlpruch war, wie noch heute so mancher Regierungen: Teile und herrsche. Was den Sklaven noch abging, war das Klassenbewußtsein. Daß die Sklaverei ein menschenunwürdiges Zustand sei, begriffen nicht einmal die größten Geister des Altertums, wie Aristoteles, ebenso wie sich manche Gelehrte heute die Gesellschaft nicht ohne Lohnarbeit vorstellen können; ebenso wie die meisten glauben, es müßte immer Arme und Reiche geben, ebenso war man damals überzeugt, daß die Welt ohne Sklaverei nicht bestehen könne. Jeder einzelne Sklave sehnte sich nach Freiheit, aber bloß für sich, und wenn sie sich zusammenrotteten und blutige Aufstände anzettelten, die das römische Reich an den Rand des Verderbens brachten, so war ihr Bestreben nicht die Abschaffung der Sklaverei, sondern sie wollten frei sein und selbst Sklaven ausbeuten. Diese sklavische Gefinnung ließ sie nie das Joch sprengen. Selbst das aufkommende Christentum, das doch die Gleichheit aller Menschen vor Gott verkündigte, war es nicht im stande. Apostel Paulus ermahnte die Sklaven, ihren Herren untertan zu sein. Die Sklaverei verschwand allmählich mit der Macht des römischen Reiches. Als die Kriege keine Gefangenen lieferten, gab es keine Sklaven mehr.

Es kam die romantische Zeit, das Mittelalter, die frommen Herren und Ritter lebten auch nicht von ihrer Hände Arbeit, sondern verstanden ganz vorzüglich, ihre Hörigen und leibeigenen Bauern zu schinden. Aber wie tief auch die Bauern herabgedrückt werden mochten, stets standen sie hoch über dem Sklaven. Der Sklave, ein Fremder im Lande, ein Fremder seinen Mitklaven gegenüber, war rechtlos, eine bloße Sache, er hatte nicht die mindeste Grundlage, auf der er fußen konnte, um einen dauernden Klassenkampf zur Befreiung seiner Klasse zu führen. Die Hörigen im Mittelalter waren nicht rechtlos. Jeder Bauer gehörte der Markgenossenschaft an, die mit ihm solidarisch war. Er hatte eine Organisation, an der er einen Rückhalt fand. Er konnte seinem Grundherrn ganz gehörigen Widerstand leisten und er hat das oft genug getan. Das ganze Mittelalter ist eine Zeit von Kämpfen zwischen den Grundherren und Bauern, und diese Kämpfe führten unter günstigen Umständen oft zur Befreiung der Bauern. Aber die Solidarität der Bauern war nur eine räumlich sehr beschränkte, jedes Dorf führte den Kampf selbständig und so gelang es den Herren, die letzten Reste der Hörigkeit bis in das 19. Jahrhundert zu erhalten, noch unsere Väter und Großväter litten unter der Robot. Zur Erlangung der Freiheit einer Klasse genügt eben nicht die Solidarität, die bloß auf einen Ort beschränkt ist und wäre sie noch so fest, zähe und hingebend.

Besser als den Bauern ging es den Handwerkern. Sie haben schließlich überall das Joch der Hörigkeit abgeschüttelt. Ihre Solidarität und Organisation war nahezu muster-gültig. Kein Handwerker konnte außerhalb der Zunft bestehen. Der Handwerkerfellow war im Verhältnis zum modernen Lohnarbeiter ein viel freierer und besser gestellter Mann, der sich auch ordentlichen Respekt verschaffte und gar oft mit den Waffen dreinschlug, mit denen er wohl umzugehen mußte. In großen Städten, z. B. in London, zitterte der König in seiner Burg, wenn die blauen Mäntel der festen Gefellen durch die Stadt flatterten und ihr Feldgeschrei „Clubs, Clubs“, die Straßen füllte, da verkrochen sich die reichen Kaufleute in der Lombard Street in Todesangst, denn gegen sie wendete sich gewöhnlich der Zorn der Gefellen, die mit richtigem Instinkt in ihnen ihre nachmaligen Unterdrücker erkannten. Aber die Herrlichkeit der Handwerkerfellowen nahm ihr Ende. So fest auch ihre Organisation war, die sich über alle Städte erstreckte, war sie doch bloß auf das einzelne Handwerk beschränkt. Die Charakter Schneider und Handschuhmacher lagen sich fortwährend in den Haaren, von einem Klassenbewußtsein als Arbeiter konnte bei ihnen umsoweniger die Rede sein, da der Gefellenstand bloß etwas vorübergehendes war. Jedem normalen Menschen war es damals möglich, Meister zu werden, jeder Gefelle fühlte sich als künftiger Meister, der wieder Gefellen beschäftigen wird, deshalb dachte auch niemand ernst an eine große Verbesserung der Verhältnisse.

Als aber an die Stelle der Handwerker die Großbetriebe kamen, die Hunderte und Tausende Arbeiter beschäftigten, da wurde es den meisten Arbeitern unmöglich, eine selbständige Existenz zu gründen. Die meisten waren gezwungen, lebenslang Arbeiter zu bleiben. Aus dem kühnen festen Gesellen wurde ein niedergedrückter Proletar. Die Kunstorganisation verfiel und der moderne Fabrikarbeiter stand machtlos dem habgierigen Kapitalisten gegenüber, der seine Macht unbarmherzig ausübte. Die Kapitalisten, welche die Gesetzgebung in die Hände bekamen, verboten unter schwersten Strafen den Arbeitern jede Organisation und plagten sie unerbötlich. Mit Schaudern liest man die Schilderung der Verhältnisse in der englischen Industrie von Friedrich Engels.

Kinder schon vom vierten Lebensjahr wurden bis 18 Stunden täglich geschunden, nicht einmal Zeit zum Essen wurde ihnen gegönnt, der Vater steckte dem Kinde ein Stück Brot während der Arbeit in den Mund, damit es die Hände nicht von der Maschine entferne. Aber das Uebermaß von Grausamkeit zwang die Arbeiter zur Empörung. Blutige Kämpfe und Brandstiftungen durchtobten England und sprangen auf den Kontinent über, so der Aufstand der Rattondrucker in Prag, die Weberrevolte in Schlesien, die Gerhart Hauptmann in seinem Schauspiel Die Weber verewigte. Die Arbeiter in England erzwangen sich die Vereinsfreiheit im Jahre 1824 und durch sie den Feiertag. In Oesterreich kam es viel später zu Reformen und nicht in vollendeter Weise, es kam aber doch dazu; das Vereinsgesetz vom Jahre 1870 erzwangen die Arbeiter durch die Demonstration von 1869. Die englischen Arbeiter machten von ihrem schwer erworbenen Rechte ausgiebigen Gebrauch. Ihre Fachvereine: Trades Unions, sind unerreichbar und für andere Länder vorbildlich. — Sie sind ein Teil des englischen Volkswesens geworden. — Die englischen Fachvereine verfügen über Vermögen von Millionen und der Segen dieser Einrichtung hat sich im Laufe der Zeit an den englischen Arbeitern kund getan. Sie sind heute die bestbezahltesten in Europa, sie haben überall Nachahmer gefunden, hauptsächlich in den angelsächsischen Ländern, in Amerika und Australien, aber auch in Europa sind in neuerer Zeit riesige Fortschritte in dem Fachvereinswesen zu verzeichnen; in dem kleinen Dänemark, wo Knudsen der Präsident der Arbeiterpartei ist, sind die Arbeiterfachvereine aller Gewerbe zentralisiert und prozentual die stärksten in Europa. In Schweden, Belgien bilden die Fach- und Konsumvereine eine achtunggebietende Macht, in Deutschland sind viele Hunderttausende Arbeiter in den Fachverbänden organisiert. Ueberall, wo die Fachvereine die Mehrzahl der Fachgenossen vereinigt haben, ist ihr Wirken gar segensreich gewesen, und zwar nicht nur auf die Arbeiter, die durch die Hilfe ihrer Fachvereine ein menschenwürdiges Dasein erkämpften, sondern auch zum Vorteil der betreffenden Industrie, die durch die Fachvereine vor der Schmutzkonkurrenz bewahrt und zum Fortschritt angetrieben wurde. Dies sehen auch die Fabrikanten selbst ein: „Solange der Unternehmer dem Drucke des Großkaufmannes und der ausländischen Konkurrenz dadurch begeben kann, daß er die Löhne benagt oder die Arbeitszeit stibigt, wird er ganz gewiß nicht die unerträgliche Last des Denkens auf sich nehmen, die nötig ist, um eine wirkliche Verbesserung zu entdecken oder auch nur um solche einzuführen.“ Wo die Arbeit am billigsten, ist der Fortschritt am langsamsten. Die Billigkeit der Arbeit ist kein Segen für die Industrie, sondern hemmt ihren Fortschritt.

(Fachblatt der Handschuhmacher Oesterreichs.)

## Rundschau.

### Der internationale sozialistische Kongress von 1904.

Das internationale sozialistische Bureau zu Brüssel veröffentlicht einen Aufruf, in dem die Parteiorganisationen aller Länder zur Beteiligung an dem nächstjährigen internationalen Kongress, der vom 14. bis 20. August in Amsterdam stattfindet, aufgefordert werden. Die Landesparteien werden ersucht, auf ihren nächsten Kongressen und Parteitagen zu dem internationalen Kongress Stellung zu nehmen.

Das Internationale Bureau — so heißt es weiter — habe in seiner letzten Sitzung vom 20. Juli den Wunsch geäußert, daß die Fragen, die schon durch vorhergehende Kongresse entschieden worden sind, und solche, die zu speziellen Gebieten behandeln, von den Verhandlungen auszuschließen seien.

Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt: Bericht des Sekretariats; Bericht der Nationalitäten; Allgemeine Grundsätze der sozialistischen Politik; der Generalstreik; Gewerkschaften und Politik; die Trusts und die Arbeitslosigkeit; Internationale Schiedsgerichte; Einwanderung und Auswanderung.

Die Tagesordnung ist eine provisorische und die Parteilgruppen haben das Recht, die Aufstellung weiterer Punkte zu beantragen. Diese Anträge sollen, zusammen mit eingehenden Berichten über diese Frage und dem Entwurf der Resolution, bis zum 1. Dezember d. J. dem internationalen Sekretariat eingereicht sein. Ferner werden die sozialistischen Parteien und die Zentralkomitees der Gewerkschaften ersucht, dem Sekretariat bis zum 31. Dezember d. J. einen Bericht über die Zeit des letzten Kongresses von 1900 einzusenden. Die Adresse des Sekretariats ist: Rue Gebbaert 63 in Brüssel. Schließlich erinnert der Aufruf an die Resolutionen von London (1896), ergänzt durch die der Konferenz von Brüssel (1899) und bestätigt durch den Pariser Kongress (1900), durch welche die Zulassungsbedingungen zu den internationalen Kongressen festgelegt sind. In den ersten Tagen des kommenden Jahres sollen die weiteren, den Erfolg des Kongresses sichernden Beschlüsse des Sekretariats und der holländischen Genossen, sowie definitive Tagesordnung bekannt gegeben werden.

**Arbeitersekretariat und Versammlungsrecht.** Daß in Oberschlesien vieles anders gemacht wird, als sonst im Staate, ist längst nichts neues mehr. Die Gewerkschaftsbewegung in jenem südöstlichsten Winkel des Reiches weiß ein Lied davon zu singen. Daß aber jetzt die legale Tätigkeit eines Arbeitersekretariats als Uebertretung des preussischen Versammlungsrechtes geahndet wird, hat doch den Reiz der Neuheit für sich und wird in allen juristischen Kreisen Verwunderung erregen. Der frühere Arbeitersekretär Dr. Winter in Beuthen ist vom dortigen Schöffengericht und Landgericht wegen Veranlassung einer nicht angemeldeten Versammlung zu 40 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Zu den Ob-  
liegenden des Beuthener Sekretariats gehört die sach-

verständige Beratung und Vermittlung bei Arbeitsstreitigkeiten, die besonders in Oberschlesien unerlässlich ist. Am 8. Januar d. J. brach auf der Florentiner Grube ein Streik aus und die Ausständigen, in der Annahme, der Arbeitersekretär werde mit der Grubenverwaltung verhandeln, kamen täglich vor dem Sekretariat zusammen, so auch am 12. Januar, an welchem Tage der Leiter der Ausständigen, Sch. sich mit Dr. Winter über die Arbeiterforderungen im Sekretariat beriet. Um Klarheit zu gewinnen, besprach sich Sch. auch mit draußen stehenden Arbeitern und kehrte mit fünf derselben in das Sekretariat zurück, um dort die Wünsche der Ausständigen in korrekter Form zu Papier zu bringen. Das wurde von Dr. Winter besorgt, das Schriftstück verlesen und von den Anwesenden unterzeichnet. Nach und nach kamen die Ausständigen selbst in das Sekretariat, um die formulierten Forderungen, auf deren Basis Dr. Winter verhandeln sollte, zu unterschreiben.

In dieser sich völlig im Rahmen der Sekretariatsstätigkeit haltenden Mitwirkung Dr. Winters erblickte die Beuthener Polizei die Abhaltung einer unangemeldeten Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. Sie „löste diese auf“ und die Folge war die Anklage und Verurteilung Dr. Winters zu der eingangs erwähnten Strafe. Die von Dr. Winter gegen das Schöffengerichtsurteil eingelegte Berufung wurde vom Landgericht kostenpflichtig verworfen. In der Begründung heißt es:

„In den Räumen des Sekretariats sind Hunderte von Arbeitern versammelt gewesen, wenn auch nicht auf einmal, so doch nacheinander. Das Zusammenkommen der Arbeiter hat den Zweck gehabt, ihre Wünsche in der ihnen vom Angeklagten gegebenen Form und Fassung der Grubenverwaltung zu unterbreiten. Diese auf gemeinsamem Willen beruhende, nicht rein zufällige, sondern durch Sch. mit Wissen des Angeklagten veranlaßte Zusammenkunft einer großen Personenzahl stellt eine Versammlung im Sinne des § 1 des Gesetzes vom 18. März 1850 dar. Als öffentliche Angelegenheit ist nach ständiger Rechtsprechung die Lohnfrage anzusehen. Die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse auf der Florentiner Grube insbesondere sind nicht lediglich Privatangelegenheiten der dort beschäftigten Arbeiter; eine Abänderung derselben im Sinne der Streikenden würde auch auf die Betriebsverhältnisse anderer Grubenverwaltungen eingewirkt haben. Das Erörtern dieser öffentlichen Angelegenheiten ist darin zu sehen, daß Sch. und die fünf Deputierten dem Angeklagten die Wünsche der Arbeiter kundgaben, der Angeklagte darüber mit ihnen sprach und dann den Wünschen eine eigene Form und Fassung verlieh. Der Begriff des „Erörterns“ erfordert nicht eine geordnete Debatte, Rede und Gegenrede, sondern es genügt eine einseitige Beleuchtung der Angelegenheit. Eine Erörterung liegt in der Besprechung des Angeklagten mit Sch. und der Arbeiterdeputation über die Arbeiterforderungen. Als Erörterung ist aber auch das Verlesen des vom Angeklagten aufgesetzten Schriftstücks vor dem Unterschreiben durch die einzelnen Arbeiter anzusehen. Der Angeklagte ist an der Versammlung insofern beteiligt gewesen, als er den Zusammenkommen in die Räume des Sekretariats überlassen hat. Er ist ferner dadurch, daß er die Wünsche der Versammelten formuliert und die einzelnen zur Unterschrift herantreten ließ, als Vorsteher, Ordner und Leiter, und dadurch, daß er mit Sch. und den fünf Deputierten die Wünsche der Arbeiter besprach, auch als Redner aufgetreten. Durch diese Tätigkeit in der polizeilich nicht angemeldeten Versammlung hat sich der Angeklagte der Uebertretung der §§ 1 und 12 des Gesetzes vom 18. März 1850 schuldig gemacht und ist deshalb vom Richter mit Recht bestraft worden.“ — Das sieht ja aus, als ob man in Schlesien der bekannten sächsischen Auslegung und Handhabung der Vereinsgesetze Konkurrenz machen wollte. Jedenfalls werden sächsische Polizeibehörden mit Reid auf die schlesische Findigkeit blicken.

**Das Gruben-Geheimzeichen.** In einem ober-schlesischen Bergwerk wurde vor einiger Zeit ein Arbeiter entlassen, da er sich mit einem Steiger nicht verstehen konnte. Seine Bemühungen, andernorts Arbeit zu erhalten, schlugen fehl; sobald man seine Entlassungspapiere gesehen hatte, wurde er mit dem Ausdrücke des Bedauerns abgewiesen. Endlich zeigte ihm ein Beamter ein im Papier befindliches Zeichen und sagte: „Nieber Mann, solange in ihrem Entlassungspapier dieses Zeichen steht, erhalten Sie nirgends auf Gruben Arbeit.“ Nun verlangte der Arbeiter vom dem Steiger die Ausstellung eines anderen Scheines ohne das Zeichen, was geschah, worauf er sofort Beschäftigung erhielt. Wegen dieses Geheimzeichens und des dadurch hervorgerufenen Lohnausfalls hat nunmehr der Arbeiter das ober-schlesische Gewerbegericht angerufen.

**Einen Bau-Aufsicher aus dem Arbeiterstande** anzustellen, mußten die Stadtväter der bayerischen Stadt Schweinfurt gezwungen werden, da die Herrern sich durchaus nicht zu dieser sozialpolitischen Maßregel verstehen wollten. Nachdem die unterfränkische Kreisregierung seit über einem Jahre einen dahingehenden Auftrag an den Magistrat hatten ergehen lassen und der Generalsinspektor einen Bericht über die lebensgefährlichen Zustände auf den Bauten und die mangelhafte Kontrolle, die von einem städtischen Beamten nebenbei ausgeführt wird, eingereicht hatte, gab die Regierung dem Magistrat endlich die strikte Weisung, bis 15. September die Anstellung zu vollziehen, widrigenfalls die Regierung selber einen Aufsicher aus dem Arbeiterstande auf Kosten der Stadt anstellen werde. Nun mußte man sich wohl oder übel zu dem unangenehmen Schritte bequemen und einen Bauaufseher anstellen mit monatlich 120 Mk. Gehalt. Aber auch dabei konnten es sich die Herren nicht verkneifen, ihre arbeiterfeindliche Gesinnung zum Ausdruck zu bringen, indem sie beschloßen, daß die Anstellung nur auf acht Monate jährlich zu erfolgen habe. Während des Winters soll der Mann am Hungertuche nagen, denn die Baumeister, die er vielleicht in seiner Eigenschaft als Beamter wegen Vergehens gegen die Bauarbeiter-Schutzbestimmungen zur Anzeige gebracht hat, werden sich hüten, ihm Arbeit zu geben.

**Herr im Hause.** Veranlaßt durch die wirtschaftliche Depression im Textilgewerbe wurden in den betroffenen Fabriken Feierlichkeiten eingelegt. So auch in der Fabrik des Färbereibesizers Nauen in Krefeld. Derselbe hatte die Arbeitszeit um zwei Stunden täglich verringert und ließ außerdem abwechselnd einen Teil seiner Arbeiter eine Woche feiern. Blödsinnig verlangte er, als das Geschäft sich hob, die Arbeiter sollten Ueberstunden machen und Nacharbeit verrichten. Die Arbeiter stellten aber das Ersuchen an Nauen, die feiernden Arbeiter einzustellen und für den Betrieb die zehnstündige Arbeitszeit wieder einzuführen, es sei dann nicht nötig, Ueberarbeit zu machen. Auf diesen

vernünftigen Vorschlag hatte der Unternehmer weiter keine Antwort, als er tue, was ihm beliebt und würde dann sämtliche Arbeiter entlassen. Eine Vermittlung der Vertreter des Deutschen Textilarbeiter-Verbands lehnte er mit dem Bemerkten ab, er erkenne die Arbeiterorganisation nicht an. Der richtige Prozenstandpunkt.

**Auf dem internationalen Hygienekongress zu Brüssel** wurde man sich einig, daß vor allen Dingen den armen Tuberkulosekranken das Recht auf Versorgung zuerkannt werden müsse, ganz abgesehen davon, welche Anstrengungen man auf allgemeinhygienischem Gebiete für nötig erachte. Die energische Förderung der Heil- und Erholungsstätten, Pflege- und Invalidenheime wird als dringende Aufgabe der Behörden angesehen. Zu diesem Beschlusse führten in erster Linie die Ergebnisse der neuen Tuberkulosestatistiken der deutschen Versicherungsanstalten, namentlich der des Reichsversicherungsamts, der Anstalt der Hansstädte und der Eisenbahn-Pensionskasse, über welche Professor Pannwitz, Direktor Gebhard und Regierungsrat Grünberg berichteten. Auf Grund fortlaufender ärztlicher Kontrolle sind z. B. von den in Lungenheilstätten behandelten Eisenbahnarbeitern noch nach fünf Jahren 47,9 Prozent als erwerbsfähig befunden worden. Die französische Regierung beabsichtigt demnächst eine Kommission zum Studium der Tuberkulose-Einrichtungen nach Deutschland zu entsenden.

## Berichte.

**Bremen.** Ueber die Aussperrung der Sortierer bei der Firma Gebr. Schröder u. Donop schreibt man der Bremer Bürgerzeitung von beteiligter Seite: Die Aussperrung dauert nunmehr bereits fünf Wochen und ist das Ende derselben noch nicht abzusehen. Jetzt versuchen die Fabrikanten durch Verbreitung schwarzer Listen es uns unmöglich zu machen, anderweitig Arbeit zu erhalten. Es wird dabei so gewissenlos verfahren, daß ein Sortierer in der Liste verzeichnet steht, welcher schon vor der Aussperrung bereits entlassen war. Was man damit zu erzielen sucht, ist uns unerfindlich. Aber die Seele dieser ganzen Machinationen ist unfres Erachtens der Meister Schaaf. Für diesen jungen Herrn scheinen die Prinzipale überhaupt sehr eingedenk zu sein. Meister Schaaf, welcher es fertig gebracht hat, daß der alte Meister, der achtzehn Jahre im Geschäft tätig war, hinauskam, ist seit einem Vierteljahr tätig. In dieser kurzen Zeit hat er viele Neuerungen zu Ungunsten der Sortierer eingeführt. Jede Neuerung ist ja mit Freuden zu begrüßen, zumal wenn sie einen Fortschritt bedeutet. Aber Meister Schaaf vergißt stets bei den Prinzipalen eine entscheidende Lohnerhöhung zu befürworten. Der Herr Meister weiß eben nicht, wie schwer es einem Familienvater wird, sich bei den heutigen Verhältnissen durchzuschlagen. Es scheint dem Herrn darauf angekommen zu sein, mit den Sortierern in Differenzen zu geraten, denn er hat schon lange vorher zu befreundeten Personen gesagt: die alten Sortierer müßten erst alle raus, dafür werde er schon sorgen. Wenig respektvoll äußerte er sich auch zu den Sortierern über den Prinzipal. Nun, die Zeit wird kommen, wo auch die Herren einsehen lernen, ob sie sich bei den Ratsschlüssen eines unerfahrenen jungen Mannes besser sehen, oder wenn sie mit ihren Leuten in Frieden leben. In Westfalen, wo die Firma jetzt Sortiererrinnen eingestellt hat, natürlich gegen sehr geringen Lohn, kann doch die Hamburger Aundtschaft, deren obige Firma eine ausgebreitete besitzt, sicher nicht befriedigt werden. Es mag noch erwähnt sein, daß der Bremer Zigarrensortiererverein, der in seinen Statuten von harmonischem Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer spricht, sich einstimmig mit unserm Verhalten einverstanden erklärt hat und dafür sorgen wird, daß aus seinen Reihen niemand bei obiger Firma in Arbeit tritt, bis die Aussperrten wieder eingestellt sind.

**Rln.** Am 7. September tagte im Gewerkschaftshause eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Was bietet uns der Deutsche Tabakarbeiterverband? 2. Freie Diskussion; 3. Verschiedenes. In das Bureau wurden gewählt die Kollegen Klein, Gerten und Hobart. Im 1. Punkt legte Kollege Faure-Bremen in geradezu erschöpfender Weise die Leistungen des Verbandes dar. Der Referent hob auch in seinen Ausführungen die Tätigkeit unsres Organs: Der Tabakarbeiter, hervor. Namentlich betreffs Ausdehnung der Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie, sowie Veröffentlichung von Mißständen in der Tabakbranche zc. Der Referent legte in seinem ca. einstuündigen Vortrage den Mitgliedern ans Herz, dem Verbands treu zu bleiben, den Nichtmitgliedern empfahl er, durch Eintritt in den Verband zu zeigen, daß auch die Tabakarbeiter den Wert der Organisation erkannt haben. Reicher Beifall folgte dem Vortrage. In der Diskussion bekräftigte Hobart den Eintritt aller hiesigen Kollegen und Kolleginnen; durch eine straffe Organisation sei in Rln. auch etwas zu erreichen. Den Wert des Zusammenchlusses zeigten zur Genüge die mit Erfolg geführten Lohnkämpfe der hiesigen Bauarbeiter. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige Tabakarbeiterversammlung erkennt den Deutschen Tabakarbeiterverband als die einzig wirkliche und tatkräftige Vertretung aller in der Tabakindustrie beschäftigten Personen an und verpflichtet sich die Anwesenden, soweit sie noch nicht Mitglieder sind, dem Verbands beizutreten und neue Mitglieder zu werben. S. Franzen erhebt den Vorwurf gegen die örtliche Verwaltung der hiesigen Zählstelle, sie sei schuld, daß hier so wenig Kollegen organisiert seien, namentlich durch Veröffentlichung von Mißständen in den einzelnen Betrieben, speziell in der Du-Montschen Fabrik. Klein weist die Angriffe entschieden zurück und erklärt, wenn ihm Mißstände aus hiesigen Fabriken bekannt würden, würde er sie ohne Zögern der Öffentlichkeit übergeben, er halte es für das Beste, um eine Aenderung herbeizuführen. Klein konstatiert, daß, trotzdem die Resolution einstimmig angenommen sei, sich nur drei Personen zur Aufnahme gemeldet hätten, das sei sehr bedauerlich. Faure äußert sein Erstaunen über die Ansicht Franzens und erklärt aus Erfahrung, die Zukunft in die Öffentlichkeit sei in fast allen Fällen von Erfolg gekrönt, wenn auch nicht immer direkt, dann doch indirekt. (Anmerkung des Schriftführers: Den auswärtigen Kollegen wird die Aeußerung Franzens erklärlich sein, wenn sie erfahren, daß Franzen Vater des Meisters der in eigentümlicher Berühmtheit stehenden Firma Du-Mont ist.) Im weiteren Verlauf der Diskussion wurden einige Beschwerden der Kollegen Günther und Durban in die nächste Mitgliederversammlung verwiesen.

**Bischofsverda.** Zum Streit bei der Firma Ernst Lange. Seit dem 5. September befinden sich die Arbeiter und Arbeiterinnen obiger Firma im Ausstande. Die Entstellung dieses Kampfes ist bekannt. Nichts anderes als die brutale Behandlung der Arbeiter, wobei es wiederholt zu Arbeiterentlassungen kam, und das ungelegliche Verhalten der Firma, das darin bestand, daß sie für ihre Seimarbeiter den für sie gesetzlich festgesetzten Beitrag zur Kranken- und Alters- und Invalidenversicherung nicht in allen Fällen zahlte, sowie die hohen Löhne trieben die Arbeiter, da jeder Versuch, auf gutlichem Wege eine Besserung herbeizuführen, fehl schlug, von dem letzten Mittel, der Arbeitseinstellung, Gebrauch zu machen. Es ist wohl selbstverständlich, daß die Arbeiter eine ordentliche Behandlung verlangen können, und ebenso selbstverständlich, daß sie von dem Unternehmer fordern, die gesetzlich festgesetzten Beiträge zu zahlen. Letztere Forderung wirkt ein höchst eigenartiges Licht auf die so viel gepriesene Arbeiterfürsorge, mit der das deutsche Unternehm-

zum mit samt ihrer Regierung nicht allein in Deutschland, sondern auch im Auslande prunken geht; dem Arbeiter nimmt man den Gesamtbeitrag für die Arbeiterversicherung vom Lohne ab, um die Beitragsleistung zu erfüllen und gibt sich dann den Anstrengungen, als sei man der arbeiterfreundlichsche Herr von der Welt. Auch ist es wohl selbstverständlich, daß der Arbeiter berechtigt ist, seine eigenen Einkommensverhältnisse aufzubessern zu können. In der Theorie gilt dies ja auch bei unseren Unternehmern, nur nicht in der Praxis. Denn sobald Arbeiter letztere Bestrebungen an den Tag legen, ist man sofort bei der Hand, sie als ein Volk zu schildern, dessen Begehrlichkeit kaum zu beschreiben sei. Mit Bestimmtheit kann deshalb auch darauf gerechnet werden, daß auch in diesem Falle von „Nimmerjäten“, „Begehrlichen“ u. dergleichen geschrieben werden wird. Dieserhalb, und auch aus dem Grunde, um die Oeffentlichkeit auf die trostlosen Lohnverhältnisse der in der Tabakindustrie beschäftigten Personen aufmerksam zu machen, lassen wir den durchschnittlichen Tagesverdienst der kämpfenden Arbeiter der Zigarrenfabrik Ernst Lange-Wischofsverba, den sie in der Zeit vom 24. August bis 29. August erzielten, folgen:

**Erzielten:**

8 Personen von 0.62 bis 1.—	Mk. pro Tag
6	1.—
9	1.50
17	2.—
9	2.50
2	3.—

Der durchschnittliche Tagesverdienst dieser 46 Personen betrug in der angegebenen Zeit 2.05 Mk. oder 2.27 Mk. für die unter diesen sich befindenden 32 männlichen Moller, darunter 18 Familienväter, und 1.54 Mk. für die 14 Witelmacherrinnen. Würden alle 58 der beschäftigten Personen Lohnangaben gemacht haben, so stände der durchschnittliche Tagesverdienst weit niedriger; aus nichtgenannten Gründen und deshalb, daß ein Teil dieser nichtbeschäftigten Personen noch unter Lehrverträgen arbeitet, sind von letzteren keine Angaben gemacht. Wer würde diese Löhne als ausreichend finden? Bei gewissenhafter und objektiver Beurteilung wohl niemand. Doch warten wir ab, bei unserem Unternehmertum und ihren Goldschreibern ist kein Ding unmöglich. Was verlangen nun diese Arbeiter, um ihre Einkommensverhältnisse aufzubessern? Sie verlangen bei Anerkennung des Minimallohns von 8 Mk. pro Wille bei zubereitetem Deckblatt und entrippter Einlage eine entsprechende Lohnerhöhung von 8 bis 20 Prozent auf alle in der Fabrik herrschenden Sorten. Gelingt es, diese beschiedenen Forderungen zur Anerkennung zu bringen, so sind diese Arbeiter noch längst nicht auf Rosen gebettet. Man bedenke wohl, die Preise für Lebensmittel stehen in Wischofsverba auf derselben Höhe wie in den großen Städten, wenn in einzelnen Fällen nicht noch höher; eine Ausnahme macht höchstens der Meizins. Es gehört eine außerordentliche Sparsamkeit, oder sagen wir besser Bedürfnislosigkeit dazu, mit solchen Löhnen die häusliche Wirtschaft aufrecht erhalten zu können. Schmalhans wird immer noch Küchenmeister bleiben müssen. Und doch eine kleine Lohnaufbesserung würde es sein, die diese Arbeiter wohl verpürten. Tragt deshalb, Kollegen und Kolleginnen aller Orten, besonders ihr in Ostschlesien, dazu bei, daß die kämpfenden Kollegen und Kolleginnen den Sieg davon tragen. Ihr Sieg auch Euer Sieg. Cn.

**Zur Beachtung!**

**Dresden.** In dem Adressenverzeichnis ist irrthümlicherweise unter Dresden eine falsche Adresse angegeben worden. Die Adresse des Vertrauensmanns ist nach wie vor: **Richard Ahlta, Förstereistraße 36, III.** Alle Unterstützungen werden daselbst ausgezahlt, sowie Beiträge angenommen. D. B.

**Veranstalt.**

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.**

Geschäftsfotol: **Hamburg-Nienhork, Mozartstr. 5, I.**  
 Ausschuß: **D. Sidow, Brandenburg a. S., Kurze Straße 3.**  
 Schiedsgericht: **Karl Krafzig, Dresden, Schanzenstr. 3, II.**

Eingegangen: Hedemünden 200 Mk.  
 Sterbekasse: Hedemünden 60 Mk.  
 Zuschüsse: Schönlanke 75 Mk., Hastedt 100 Mk., Offenbach 50 Mk., Ottenen 200 Mk., Sandhofen 100 Mk., Ratibor 40 Mk., Süblengern 50 Mk. Krankengelder: 149.61 Mk. Summa: 764.61 Mk.  
 Sterbekasse: Halberstadt 250 Mk.  
 Hamburg, den 14. September 1903. **B. Otto.**

**Deutscher Tabakarbeiter-Verband.**

**Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.**  
 Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das **Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II.,** zu adressieren.  
 Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an **W. Niederweland, Bremen, Marktstraße 18, II.**  
 Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an **Heinrich Weicker, Hannover, Lange Str. 1, II.,** zu adressieren.

**Was beginnen wir mit unsrer Tochter?**

Wir empfehlen den Besuch unsrer Hausmädchenschule verbunden mit unsrer neu eingerichteten **Vorschule** zur gründlichen Erlernung der feinen und bürgerlichen Küche, sowohl für künftige Hausfrauen, als tüchtige Köchinnen. Letztere sind sehr gesucht, werden gut bezahlt und mangeln fast ganz. Ferner Ausbildung zu feinsten Kinderfräulein und II. Kl., Stützen, Jungfern, Hausmädchen. — Kursus 2-6 Monate. Jede Schülerin erhält wiederholt Stellung, ebenso jede Stellenuchende. Beste Quelle für weibliches Personal. Prospekte perf. gratis und franco die **Hausmädchenschule Erna Graunhorst, Berlin, Wilhelmstraße 10.**

Jüngerer Zigarrenmacher, der auf schräge Fassung eingearbeitet ist, sucht Stellung, am liebsten da, wo Wickel geliefert werden. — Auskunft erteilt der **1. Bev. Karl Jaisle, Stuttgart, Stöckstraße 4.**

Ein Zigarrenmacher und eine Wickelmacherin finden dauernde Arbeit. Lohn 8.50 Mk., Wickel 55 bis 37 Wft. Gute Zurechtung. **Ph. H. Meyer, Elberfeld, Höchsten 4.**

**Ohrensauen Schwerhörigkeit.**

Geehrter Herr Dr. Müll! Kann Ihnen Mitteilung machen, daß ich von **Ohrensauen** befreit bin und mein Gehör wieder in Ordnung ist. Kann als ältester Hausierer im ganzen Kanton St. Gallen meinen Geschäften wieder nachgehen, im Alter von 88 Jahren. **Bütschwil (Zoggenburg), den 22. Mai 1903. Gregor Ammisegger.** Die Wichtigkeit obiger Unterschrift bestätigt: **Eduard Buomberger, Vermittler.**  
 Adresse: **D. Müll, prakt. Arzt Glarus (Schweiz), 134.**

Suche nach langjähriger Reisetätigkeit für **Wegnitz und Nachbarkräde** die **provisionweise Vertretung einer leistungsfähigen, siddentischen Zigarrenfabrik.** Preislagen von 35 A abwärts. **Rob. Spitzer, Wegnitz, Pfaffenstraße 7, I.**

Jünger, tüchtig, Zigarrenmacher (Verbandsmitglied) sucht sofort gute und dauernde Arbeit, am liebsten, wo Wickel geliefert werden. Gesf. Offerten erbeten an **G. Emerling, Würzburg, Heinestraße 9, II.**

**Zur Beachtung für die Bevollmächtigten.**

Der 1. Bevollmächtigte von **Glückstadt, C. Lampe,** wohnhaft **Heft 24, I.,** ist unter Mitnahme von 128.15 Mk. Verbandsgelder flüchtig geworden. Derselbe hat auch das Buch eines Mitglieds, **Johannes Zisch aus Leimen, Ser. II, 20222 (eingetr. am 12. 8. 99),** mitgenommen und ist es wahrscheinlich, daß Lampe auf dasselbe reist. Dies Buch ist im Vorzeigungsfall sofort zu konfiszieren und an uns einzusenden. Gleichzeitig ersuchen wir um Mitteilung des Aufenthaltsorts. C. Lampe ist so nach § 15 gestrichen.

**An die Bevollmächtigten.**

Zur besonderen Beachtung sei folgendes empfohlen: Trotz wiederholter Bekanntmachung ist es vorgekommen, daß den auf Reise befindlichen Mitgliedern am Schluß der Woche der fällige Beitrag nicht abgezogen wird, wir machen deshalb nochmals darauf aufmerksam. Alle Kranken oder auf Reise sich befindenden Mitglieder, welche Unterstützung beziehen, müssen jetzt den vollen Beitrag zahlen. Desgleichen haben Streitende oder Gemahregelte, die Unterstützung beziehen, den vollen Beitrag zu zahlen. Von Beitragszahlen befreit sind nur solche Erwerbsunfähige und Arbeitslose, die keinerlei Unterstützung aus Verbandsmitteln beziehen. Es wird ganz besonders gebeten, darauf zu achten, weil durch Nichtachtung dieses die Mitglieder in Rest kommen und andererseits ihnen sonstige Unannehmlichkeiten erspart bleiben.

**Bremen. Der Vorstand.**

**Bekanntmachung.**

Das Mitglied **Johann Angerhausen aus Chingen, Ser. II, OS 506,** muß wegen Nichtabmeldung 1 Mk. Strafe zahlen. Die Bevollmächtigten mögen diese einziehen.

Nach § 15a ist ausgeschlossen: **Otto Serrndt,** zur Zeit in Ludeinwalde.

Das Mitglied **Anton Deutscher aus Rapport a. Rh.** ist ohne Abmeldung abgereist. Derselbe muß 1 Mk. Strafe zahlen.

**An die Bevollmächtigten.**

Da die vorhandenen Mitgliedsbücher fast alle vergriffen sind und neue Bücher noch nicht fertig sind, so ersuchen wir die Bevollmächtigten, unverzüglich alle überflüssigen Bücher einzusenden, die sich in den verschiedenen Zahlstellen befinden.

**Bremen. Der Vorstand.**

Vom 9. bis 15. September 1903 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:		B. Freiwillige Beiträge:	
Nr.	Beitrag	Nr.	Beitrag
7. Septbr. Rawitsch	100.—	12. Frenglau	100.—
7. Janau	100.—	13. Bögned	50.—
8. Bretten, J. E.	7.20	13. Clausthal	25.—
11. Burgdamm	200.—	14. Bremen	600.—
12. Raunhof, R. K.	5.—	14. Hastedt	150.—
12. Würzburg	250.—	14. Schwedt a. D.	75.—
12. Waldheim	100.—	14. Kreischa	20.—
18. Würzburg, E. Sch.	2.60	14. Dresden	100.—
12. Neusalz a. D., A. W.	3.05	14. Baugen	100.—
C. Für Protokolle der Generalversammlung:		D. Für Annoucen:	
11. September. Burgdamm, J. Volljes	—10	12. September. Würzburg, A. Schmidt, in Nr. 33 des T.-M.	—80
12. Breslau, W. Wobegida	2.—	Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiemit den Kollegen in Erinnerung gebracht. Ersuche die Herren Abfender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind. Einmalige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.	
12. Würzburg, A. Schmidt	1.70	<b>Bremen, den 15. September 1903. W. Niederweland, Marktstraße 18, II., Kassierer.</b>	
14. Schwedt a. D., A. Otto	5.50	<b>Vom Vorstande sind ernannt:</b>	

Für **Durlach:** Valentin Bierbaum als 1. Bev., Franz Nachsal als 2. Bev., Hermann Scholz als 3. Bev.; Frau Karoline Huber, Frau Anna Weidemann als Kontrollleurinnen.  
 Für **Juchau:** Nikolaus Schneider als Kontrollleur.  
 Für **Ostfingen:** Andreas Fehlbauer als 1. Bev., Konrad Bohne als 2. Bev., Friedr. Pfeiffer als 3. Bev.; Andreas Essenpreis, Karl Anton Holz als Kontrollleure.

**Provisorisch aufgenommen sind:**  
 Else Förster aus Frankfurt. (195)  
 Anna Trecke aus Oslau. (38)  
 Eduard Raag aus Schweidnitz, Marie Wolf geb. Groß aus Köfel b. Breslau. (118)  
 Marie Geschwill, Elise Lang aus Speier. (377)  
 Marie Klock aus Ostrog b. Ratibor, Hedwig Depla geb. Küstois aus Ratibor. (294)  
 Georg Flohr aus Fredenburg. (69)  
 Hugo Schlef aus Münderndorf, Emil Richter aus Langenberg, Max Schneider aus Weida, Friedr. Bräunlich aus Weida (z. R.), Emil Ragner aus Tinz b. Gera, Gustav Woffe aus Gera, Fr. Berta Pfeiffer aus Röhwein i. S., Martha Schumann aus Gera. (124)  
 Elise Höbbel, Olga Ziegler aus Bernburg. (35)  
 Bruno Lehnd aus Elstra. (89)

**Provisorisch aufgenommen sind:**  
 Junger, tüchtig, Zigarrenmacher, welcher auch Wickel machen und etwas sortieren kann, für sofort gesucht. Lohn bis 11 Mk. bei freier Zurechtung. Gesf. Anfragen richte man an **Adolf Siegel, Steinbach i. Th. (Post Hüttensteinach).**  
 Etwa **10 Wickelmacherinnen** event. Zigarrenarbeiter mit Wickelmacher finden sofort dauernde, lohnende Beschäftigung. Mindestlohn garantiert. **Alfred Masur, Rawitsch.**  
 Sucht drei tüchtige Wickelmacher oder Sucht Wickelmacherinnen. Lohn 8.00 bis 4.30 Mk. pro Wille. Anfragen sind zu richten an **Fritz Wente, Blotho, Lange Straße 62.**  
 Ein junger Zigarrenmacher mit Wickelmacher, auf alle Fassons gut eingearbeitet, sucht zum 5. Oktober dauernde Arbeit. Offerten bitte zu richten an **W. Brümmer, Dahme (Mark), Bochstraße 4.**  
 Zwei junge, solide Zigarrenmacher, die sich selbst Wickel machen, auf sofort gesucht. Lohn bei freier Zurechtung 8-9 Mk. **O. Steinemann, Delbisdelle (Altmark).**  
 Wer erteilt Auskunft, bew. verkauft Rezept zur Schnupftabakfabrikation? Offerten unter N. 100 an die Expedition des Tabakarbeiter.

**Wilh. Müller aus Baren. (355)**  
**Heinrich Drenes aus Derflinghausen. (255)**  
**Berlin. noch aus Jehrdentel (Kr. Sagan) (z. R.). (57)**  
**Aug. Groß, Ernestine Hagty aus Achim (beide z. R.). (3)**  
**Gust. Schmidt aus Grabig. (323)**  
**Friedrich Pfeiffer, Karl Anton Holz, Friedrich Straubert, Andreas Fehlbauer, Joseph Schert, Konrad Bohner, Jakob Straubert, Friedr. Bender, Adolf Habich, Andreas Essenpreis, Joseph Fellig, Regina Bohner, Anna Pfeiffer, Johann Wegner aus Ostfingen. (260)**  
**Karl Kauf aus Darmstadt. (112)**  
**Franz Stanik aus Altdorf, Pauline Wegel aus Wolfenstein, Wilhelmine Heintz aus Niederhöflich, Therese Neubert aus Linda, Clemens Grünbig aus Freibergsdorf, Anna Richter aus Augusteberg, Fritz Vorrmann, Minna Gärner aus Freibergsdorf, Hulda Hadenberger aus Reichenbach, Max Glöbner aus Halsbrücke, Lina Rittner aus Linda, Martha Böhmne aus Partha, Hedwig Raunzig aus Großschirma, Martha Thiele aus Lohndorf, Auguste Böner aus Freibergsdorf, Emilie Gänzel aus Schönborn, Emma Krebs aus Großschirma, Frida Gildner aus Friedeburg, Emilie Schiffl aus Hainichen, Ida Matthes aus Lugau, Marie Schmidt aus Lütendorf, Anna Wiefner aus Conradsdorf, Alma Seifert, Marie Voigt, Max Weigelt, Laura Rüdiger, Will Heintz, Martha Grumbach, Auguste Kraft, Elsa Rolle, Marie Schneider, Lina Thümmrich, Frida Herre, Margarete Kühn, Hedwig Wegel, Emma Dachselt, Franziska Schröder, Lina Berger, Selma Arnold aus Freiberg. (103)**

**Der Vorstand.**  
 Jakob Kunemann (z. R.), Karoline Nöhner, Frau Auguste Jacobi (z. R.), Frau Marie Höllischer (z. R.), Auguste Bierth, Fel. Luise Weigel aus Durlach, Frau Luise Weigel aus Gröbningen (z. R.), Anna Weidemann geb. Walter aus Oberweier, Emma Napal geb. Hint aus Eschbachwalde, Elisabeth Ammann aus Gröbningen, Sophie Nachbar aus Oberjaphbach, Emil Krause aus Wilschoten, Karl Huber aus Rheinbischhofshausen, Melchior Weisler aus Bruchsal (z. R.), Hermann Scholz aus Dittersbach (z. R.), Wilh. Hüller aus Untergrombach (z. R.). (79)

**Der Vorstand.**  
 Bruno Mose aus ? (202)  
 Franz Nachholz aus Cramer (z. R.). (358)  
 Paul Werner, Friederike Prose, Alma Albrecht, Luise Funke, Anna Gräfe, Marie Laue, Marie Engelhard, Emma Schmieb, Berta Nida, Auguste Dertel, Marie Bölte, Emilie Hieraphy, August Schill, Anna Lemke, Helene Richter, Anna Richter, Berta Schumann, Emma Kofe, Hedwig Könnide, Anna Schumann, Clara Bigner, Wilhelmine Schred, Emma Alpert, Emilie Albrecht, Wilhelmine Grönet, Paul Rittler, Martha Gerisch, Marie Baum, Martha Hoffmann, Martha Welsch, Marie Häntsch, Emma Paag, Marie Bruder, Marie Hobitz aus Delitzsch, Marie Lehmann, Anna Härtel aus Hertitz, Karl Paul aus Belzheim a. E., Amalie Paul aus Köthen, Marie Blaue aus Lebertau, Pauline Kühn aus Lampersdorf, Joseph Seyer aus Bergschlingen. (74)

**Der Vorstand.**  
 Ferdinand Krüdemeyer, Arnold Schmidt, Karl Meyer, Wilh. Blome, Jakob Sander (famtl. z. R.), Fel. Lucie Meyer aus Bremen. (34)  
 Anna Pfeiffer aus Witten a. Ruhr, Martha Beder, Wilhelmine Jüngeremann aus Connefeld, Eduard Gleim aus Spangenberg, Anna Spies aus Weinsdorf, Helene Gräbe, Elise Gräbe, Katharine Schmüding, Werner Schmüding, Katharine Kleinschmidt, Heinrich Wagner, Katharine Rudolf, Wilhelmine Gleim, Katharina Diez, Katharine Kragenberg aus Alt-Moschen. (4)  
 Otto Schön aus Büllschau. (383)  
 Hermann Lammer aus Verden. (353)  
 Emma Wendrich aus Hainichen, Hulda Schneider aus Kirchbad, Auguste Seidel, Emma Müller, Luise Stodt, Ida Werner aus Deteran. (266)  
 Jos. Dahmen aus Lugenburg. (21)  
 Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

**Adressenänderungen:**  
 Für **Chemnitz:** Der 2. Bev. Florenz Graupner wohnt vom 1. Oktober ab Sonnenstraße 30, I.  
 Für **Durlach:** Die Adresse des 1. Bev. ist Valentin Bierbaum, Richterstr. 4. Alle Zuschriften sind nach dort zu richten.

**Mitgliederversammlungen.**  
 (Mitglieder, besucht Euer Versammlungen zahlreich!)  
 In **Achim:** Sonntag, den 20. September, Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Konrad Hübl. Tagesordnung: 1. Unsere Aufsgaben. Referent: Karl Weidmann-Bremen. 2. Disposition. 3. Verschiedenes. — Sämtliche dem Verbands nicht angehörenden Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen haben freien Zutritt. **J. M.: Der Bevollmächtigte.**  
 In **Durlach:** Sonntag, den 20. September, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale Tannhäuser. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. **J. V.: Der Bevollmächtigte.**  
 In **Sielesfeld:** Sonntag, den 27. September, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Palmeyer, Weberstraße 5. Tagesordnung: 1. Bericht der Vorstandscommission und des Kartelldelegierten. 2. Ueber Lohnverhältnisse. 3. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden dringend gebeten, zu erscheinen. **J. M.: Der Bevollmächtigte.**

**Altona-Ottensen.** Herberge und Vertretungsbüro befindet sich bei nachweis und Reiseunterstützung für Hamburg, Altona-Ottensen und Umgegend bei **Th. Reimer, Altona, Al. Freiheit 67, I. I.**

**Elstra.** Reiseunterstützung wird nur für hier am Ort in Arbeit tretende Kollegen ausgezahlt. **J. M.: Der Bevollmächtigte.**

**Hannau.** Die Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge baldigst zu entrichten, damit die Abrechnung pünktlich fertiggestellt werden kann. **J. M.: Der Bevollmächtigte.**

**Reinheim.** Alle Zuschriften sende man an **W. Peterjen, Waldstr. 17.** **J. M.: Der Bevollmächtigte.**

Junger, verheirateter Sortierer (Verbandsmitglied) sucht dauernde und lohnende Stellung. Adressen erbeten an **Michael Albrecht, Moritzberg bei Hildesheim, Wilhelmstraße 6 B.**

**Verspätet.**  
 Unserem Freund und Kollegen **Franz Schunknecht** aus Rawitsch zu seinem am 8. September stattgefunden. 21. Wiegensfest ein bonnerbes Hoch.  
 Seine Kollegen **D. B. R. Th.**

**Codes-Anzeige.**  
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied **Johanne Dreger** im Alter von 44 Jahren verstorben ist.  
 Möge ihr die Erde leicht sein!  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihr **Die Mitglieder Bremens.**

**Briefkasten.**  
 Vereins-Zustate müssen getrennt sein. — Andere Zustare sind vorher zu besorgen. Bei Einbringung der Beiträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.  
**D. St., Delbisdelle 50 A. — A. G., Steinbach 60 A. — F. W., Blotho 50 A.**

Empfehle äusserst preiswert alle Sorten

# Roh-Tabake

zur Zigarrenfabrikation, als: Sumatra, Java, Vorstenlanden, Havanna, Jara-Cuba, Domingo, St. Felix-Brasil, Carmen, Seedleaf und Losgut etc.

Versand in Bahnkolli jeglicher Grösse wie in Postpaketen nur unter Nachnahme! Preisnota gratis und franko.

**C. Bathmann, Bremen.**

Lager Freibezirk und verzolltes Lager: Hinterm Schütting 12.

## Billigste Preise Reelle Bedienung

für Detailverkauf und Postversand:  
**Filiale Berlin N. 31, Brunnenstr. 152.**

**Sumatra** in allen Sortierungen, Farben und Preislagen.  
**Java**, sehr große Auswahl, von 85-250 Pfg.  
**Brasil** von 100-275 Pfg.; alte, abgelagerte Ware.  
**Carmen**, Einlage, Aufarbeiter und reines Umblatt von 80-130 Pfg.  
**Domingo**, nur gute, gesunde Ware, von 90-125 Pfg.  
**Mexiko, Havanna, Märker, Pfälzer, Rebut.**

**Max Otto** Hauptgeschäft und Engros-Verkauf:  
**Berlin NO. 43, Neue Königstr. 6.**

**Enorm preiswert (Gelegenheitskauf)**

## Brandt & Sohn, Bremen

empfehlen als äusserst preiswert

**Sumatra, Decker**, 120, 140, 150, 160, 180, 200, 220, 250, 270, 280, 300, 325, 350, 375, 400, 450 Pfg. — **Sumatra, Umblatt**, 90, 100, 110, 120, 125 Pfg. — **Java, Umblatt**, 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 120 Pfg. — **Java, Einlage**, 75, 80, 85, 90 Pfg. — **Mexiko, Decker**, 250, 300, 350 Pfg. — **Havanna** 120, 150, 180, 200, 250, 300, 400 Pfg. — **Brasil, Decker**, 130, 150, 180, 200 Pfg. — **Brasil, Umblatt und Einlage**, 80, 85, 90, 95, 100, 110, 120 Pfg. — **Carmen, Umblatt**, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Pfg. — **Domingo, Umblatt**, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Pfg. — **Seedleaf, Umblatt**, 80, 85, 90, 100 Pfg. — **Losgut, gemischte Original-Tabake**, 80, 85 Pfg. Ferner empfehlen deutsche Tabake, prima Ware. — **Elsässer Rebut** 80 und 85 Pfg. — **Bühlertaler, Umblatt**, 85 Pfg.

Preise per 1/2 kg verzollt. Versand unter Nachnahme.  
Kredit nach Uebereinkunft.

## Roh-Tabak.

Empfehle äusserst preiswert:

**Sumatra, Decker**, per 1/2 kg 125, 140, 150, 160, 180, 200, 220, 250, 275, 300, 325, 350, 400, 450 Pfg.  
**Sumatra, Umblatt**, per 1/2 kg 100, 110, 120 Pfg.  
**Borneo, ff. braune Decker**, 1. Länge Vollblatt, per 1/2 kg 180 Pfg.  
**Java, Decker**, per 1/2 kg 150, 200 Pfg.  
**Java, Umblatt**, per 1/2 kg 90, 100, 110, 120, 125 Pfg.  
**Java, Umblatt und Einlage**, per 1/2 kg 80, 85, 90 Pfg.  
**St. Felix-Brasil, Decker**, per 1/2 kg 160, 180, 200 Pfg.  
**St. Felix-Brasil, Umblatt und Einlage**, per 1/2 kg 80, 90, 100, 110, 120, 125 Pfg.  
**Carmen, Umblatt**, per 1/2 kg 85, 90, 100, 110 Pfg.  
**Carmen, Umblatt und Einlage**, per 1/2 kg 75, 80, 85 Pfg.  
**Domingo, Umblatt**, per 1/2 kg 90, 100, 110 Pfg.  
**Seedleaf, Umblatt und Einlage**, per 1/2 kg 85, 90, 100 Pfg.  
**Losgut, Umblatt und Einlage**, rein überfeisch, per 1/2 kg 75, 80, 85 Pfg.

Ferner empfehle deutsche Tabake:

**Prima Bühlertaler, reines Umblatt**, per 1/2 kg 85 Pfg.  
**Prima Elsässer Rebut, reines Umblatt**, per 1/2 kg 85 Pfg.  
**Elsässer Rebut, Umblatt und Einlage**, per 1/2 kg 80 Pfg.  
Preise verzollt. Versand unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

## H. Wittig, Bremen.

## En gros. Billige Rohtabake! En detail.

Gegen Nachn. verz.: Sumatra Deckblatt 130-425 s, Brasil 188-280 s, Java 90-350 s, Domingo, Seedleaf, Carmen 84-125 s, Los-Gut, rein amerit., kerngesund (Aufarbeiter!) 80 s. Rohtabakhandlung, Bremen, Neustadtbahnhof 15.

## Ausnahme-Preise!

Infolge großer Bar-Einkäufe gebe zu nachstehend äusserst billigen Preisen ab:  
**St. Felix-Brasil**, lose Einlage, sehr zu empfehlen, 65 Pfg., gedockt 75 Pfg., mit Umblatt 85, 90, 100 Pfg., Decker 130, 140, 160, 200 Pfg. — **Borneo, Decker**, sehr feinst schneeweiß an, ist zart, zugfest und sehr bedächtig, 150 Pfg. — **Sumatra, Decker**, helle Farben, 150, 200, 220, 250, 275, 300, 350, 400 Pfg., dunkelbraun 150, 180, 200 Pfg., feinstes Umblatt 110 Pfg. — **Java, Decker**, 2. Länge Vollblatt, 110, 120, 130 Pfg. — **Vorstenland, Decker**, braun, 140, 160 Pfg., feine helle Farben 180, 220 Pfg., Umblatt, großblättrige, alte, leichte Ware, 110 Pfg., Umblatt und Einlage 85, 90 Pfg. — **Mexiko, Decker**, großblättrig, bunfel 130 Pfg., hell 220, 240 Pfg. — **Havanna, Decker**, feine Mittelfarben, zartes, volles Blatt, tabelloser Brand 450 Pfg., Einlage 125, 150, 200 Pfg. — **Seedleaf, Decker und Umblatt** 100, 110 Pfg. — **Carmen, Umblatt** 80, 85, 90, 100, 105 Pfg. — **Domingo, Umblatt** 80, 85, 90, 100 Pfg.  
Ferner empfehle ca. 120 Zentner vorzüglich gemischtes, rein überfeisches **Losgut**, meist Umblatt, für 75 Pfg. per Pfund.

Preise verzollt. Versand unter Nachnahme.

## J. H. Koopmann, Bremen.

Fernsprecher 3946. Neustadtwall 36. Fernsprecher 3946.

## Rohtabak-Versand!

Versende von 9 Pfund an fracht- und portofrei, verzollt gegen Nachnahme:  

Sumatra	per Pfd. 1.00-4.00	St. Felix-Brasil	per Pfd. 0.85-2.40
Java	" " 0.90-2.50	do. geschnitten	" " 0.90-1.10
Havanna	" " 1.80-7.00	Seedleaf	" " 0.90-1.30
Mexiko	" " 1.80-4.00	Domingo	" " 0.70-1.30
Yara Cuba	" " 2.00-3.50	Carmen	" " 0.85-1.50

  
sowie alle sonstigen gangbaren Sorten zu bekannt billigsten Preisen.  
Preisliste gratis und franko.

## Adolph Hirsch

Altona bei Hamburg.

## H. Kurnicker

Berlin N. 54, Lothringer Str. 8, pt. empfiehlt Roh-Tabak zu anerkannt billigen Preisen.  
20 Stück noch sehr gut erhaltene Steh-Formen

(schräges Fasson) sind billig zu verkaufen bei **Herm. Kaufmann**, Zigarren-Fabrik, Treuenbrietzen.

**Altes Vorstenlanden-Umblatt** mit vielen grauen Deckern à Pfd. 100 Pfg., empfiehlt **S. Hammerstein Filiale** Rohtabakhandlung u. Versandhaus Berlin N., Brunnenstr. 183.

**la. Grus** à 40, 50, 65, 75. Braf. Losgut 80. große Pfläler 75, ff. hell Deck 2 1/2 bis 3. A. off. Kemmler Nfg., Breslau 6.

# E. Brinkmeier Tabakarbeiter-Genossenschaft

Bremen. E. G. m. b. H. Dienstag, den 29. September, Abends 8 1/2 Uhr  
**General-Versammlung**  
im Lokale des Herrn Aug. Rieck, Altona, Hamburger Str. 6/10.

Tagesordnung:  
1. Geschäftsbericht pro erstes Semester 1903.  
2. Antrag der Verwaltung auf Bildung eines personellen Reservefonds der Arbeiter und Angestellten aus den Jahreslohnzuschlagsbeträgen (Zufuß zu § 65 des Statuts).  
3. Antrag der Verwaltung, dem vorletzten Satz des § 65 die Worte hinzuzufügen: „und zur Zeit der Zuschreibung des Lohnzuschlages am 1. Juni des nächsten Jahres bei derselben noch in Beschäftigung sind“.

**Tabakarbeiter-Genossenschaft, E. G. m. b. H.**  
Der Aufsichtsrat: L. Hupperh, Vorsitzender.

**Brandt & Sohn, Bremen.**  
Wir kaufen besonders preiswert und offerieren:  
**45 Ballen Deli-Kultur Ma/B/A2** per 1/2 kg 1.60 Mk. verzollt  
**28 Ballen NLBT. Co/SDI Ranan** per 1/2 kg 1.80 Mk. verzollt  
Schneeweißer Brand. Deckkraft unter 2 Pfd.

## Jeder! Rohtabak-Import!

Grosse Auswahl. Billigste Preise. verzollt per Pfd.  
Havanna und Kuba . . . 1.40-6.50  
Java und Sumatra . . . 0.90-5.00  
Mexiko u. St. Felix-Brasil . . . 0.90-3.00  
Domingo und Seedleaf . . . 0.90-1.30  
Carmen und Paraguan . . . 0.90-1.20  
Gehannagrus 1.00, Java u. Brasil 0.80  
Gehannagrus 0.90, geschn. Tabak 0.60  
Getreite Einlage 1.25, Losgut 0.85  
Kentucky 1.00, lose Sumatrablatt 1.00  
Feinschnitt für Zigarillafabrikation per Pfd. 0.80

## Jeder! Cigarrenfabrikation!

Zusendung erfolgt kostenlos sofort!  
Größtes Cigarren-Werkformenlager Deutschlands.

Jedes Fasson stets am Lager. Preis der Formen: Originalfabrikpreis!

## Größtes Rohtabak-Lager!

Deutsche sowie amerikanische Tabake! Unstreitig erstes u. größtes Fabrik- und Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utenfilien-Branche. Jeder vergleiche unsere Preise mit anderen! Preis! Unstreitig ohne Konkurrenz!

Besonders zu empfehlen: **Sumatra Umblatt**, leicht, gut brennend, per Pfund verzollt 1.05 Mk.

**Sumatra Umblatt, viel Decken** enthaltend, per Pfund verz. 1.30 Mk.

**Sumatra Stuckblatt**, leicht bedend, schneeweißer Brand, mittel und helle feine Farben, per Pfd. verz. 2.25 Mk.

**Sumatra, 2. Länge, Vollblatt**, hochfeine helle Farben, schneeweißer Brand, per Pfund verzollt 3.10 Mk.

**Gute Ufermäcker Einlage** à 70 Pfg. per 1/2 Kilo.

Außerdem ca. 60 verschiedene Muster **Sumatras**.

Kreditgewährung nach Uebereinkunft. Jeder fordere sofort Preisliste 22 ein.

**L. Cohn & Co., Berlin N. Brunnenstrasse 24.**  
Fernsprecher: Amt 3, Nr. 513  
Telegramm-Adresse: Formenoohn Berlin.

## Spezial-Postversand Rohtabaken.

von hochfeinen Billigste und beste Bezugsquelle für Fabrikanten.

Es kommen nur tabellose, gesunde und gut brennende Tabake zum Versand. Von meinem reichhaltigen Lager empfehle:

**Sumatra Decker** in allen Längen und Farben per Pfd. 150-350 s  
**Sumatra Umblatt** per Pfd. 110-125 s  
**St. Fel.-Bras. Decker** per Pfd. 150-200 s  
**St. Felix-Brasil Aufarbeiter** per Pfd. 150 s  
**St. Felix-Brasil Umblatt u. Einlage** per Pfd. 110-125 s

**St. Felix-Brasil Einl.** per Pfd. 90-110 s  
**Java Umblatt** per Pfd. 100-125 s  
**Domingo Umblatt** per Pfd. 90-120 s  
**Carmen Umblatt** per Pfd. 90-110 s  
**Hochfeines gemischtes Umblatt u. Einlage** (Aufarbeiter, sogen. Losgut) prima prima per Pfd. nur 80 s.

Die Preise verstehen sich verzollt. Versand nur gegen Nachnahme. Prompte Erledigung der eingegangenen Aufträge. Ein Versuch veranlaßt zu Nachbestellungen.

Gefällige Aufträge erbittet

**H. Borrmann, Bremen Krefelder Strasse 4.** Transit-Lager: Bremen, Freihafen.

## C. Strohmann

Bremen, Tannenstr. 36 empfiehlt alle Sorten

## Roh-Tabake.

**Sumatra** in allen Längen u. Farben, tabelloser Brand, per Pfund 120, 150, 175, 200, 250, 300, 350, 450 s.  
**Havanna** 250, 300, 450, 600 s.  
**St. Felix-Brasil** 90, 100, 120, 150, 200 s.  
**Mexiko** 150, 180, 200, 300 s.  
**Vorstenlanden** 150, 180, 220 s.  
**Java** 90, 100, 110, 120, 150, 180 s.  
**Seedleaf** 90, 95, 100, 120 s.  
**Domingo** 80, 85, 95, 100, 110 s.  
**Carmen** 80, 85, 95 s.

Amerikanisches, gesundes, blattiges **Losblatt** 75, 80, 85 s.  
Für tabellosen Brand wird garantiert. Preise sind verzollt unter Nachnahme. Zahlungen nach Uebereinkunft.

## Emil Berstorff

Berlin C. 2.

Junger, tücht. Zigarrenmacher sucht dauernde und lohnende Stellung. Offerten unter M. S. 50 befördert die Expedition dieses Blattes.

## Alle Roh-Tabake

in grösster Auswahl, billigste Preise. Guter Brand! Vorzügliche Qualität! **Sämtliche Utenfilien z. Cigarrenfabrikation.** Sehr große Auswahl von Formen in jeder Fasson zu Original-Fabrikpreisen.

**Heinrich Franck** Berlin N., Brunnenstr. 185. Man verlange illustriertes Preisverzeichnis.

## Gelegenheitskauf! Java-Umblatt

gebe packenweise mit 90 Pfg. pro Pfund verzollt ab  
**C. Strohmann, Bremen, Tannenstr. 36.**

## Der Kampf ums Wahlrecht.

I.

Im deutschen Reiche wie in einer Reihe von Bundesstaaten ist die Wahlrechtsfrage zu einschneidender Bedeutung gewachsen. Die Erfolge der Sozialdemokratie spornen ihre törichtesten Gegner, diese Erfolge mit Gewalt zurückzuhalten. Verblendet wollen sie zu einer Verschlechterung des Wahlrechts ihre Zuflucht nehmen. Die härtesten verbohrtsten Reaktionsäre wünschen eine Uebertragung der sächsischen Entrechtungspraxis auf das Reich. Es gibt ja auch, wie aus den Giesebrecht'schen Machenschaften gegen das Reichstagswahlrecht zu ersehen ist, Reaktionsäre bis tief in die liberalen Parteien hinein, die tatsächlich Vergewaltigungs-ideen huldigen, trotzdem die Erfahrungen in Sachen von jedem derartigen reaktionären Plane abschrecken müßten. Bei den zu solchen Plänen neigenden Großindustriellen, Großgrundbesitzern und sonstigen Kapitalisten sind nicht etwa politische Gründe ausschlaggebend, vielmehr kapitalistische.

In unserer Zeit hat das Wahlrecht eine ganz andere Bedeutung erlangt, als etwa 1866, da Bismarck das allgemeine Wahlrecht dem Volke gab. Bismarck haßte zu jener Zeit mehr die Bourgeoisie, als er die Arbeiter fürchtete, welche er damals noch glaubte vor seinen Wagen spannen zu können. In seinen Kriegsplänen fehlte noch die Ausföhrung des Hauptstückes, durch das er die Vorherrschaft der Hohenzollern in Deutschland fest begründen wollte. Die Wunden des deutschen Bürgerkrieges von 1866 brannten noch und auch in dem siegreichen Preußen war kein Herzensjubiläum über den Sieg Preußens über Oesterreich zu spüren. Da sollte das allgemeine Wahlrecht lindernd wirken, die Volksfreundlichkeit der Bismarck'schen Politik erweisen und außerdem — das war die Hauptsache — die kriegerische Aktion gegen Frankreich erleichtern.

Die Bourgeoisie schwelgte noch immer in der Phantasia von einem einigen Deutschland und Bismarck lenkte diese Phantasia nach einer ganz anderen Richtung, als sie ursprünglich 1848 eingeschlagen hatte.

In der Tat fehlten die Einheitschwärmer von 1848 nach dem siegreichen Kriege Preußen-Deutschlands gegen Frankreich und der darauffolgenden Gründung des preußisch-deutschen Reiches allerlei über die endliche Erfüllung der Einheitswünsche und verhimmelten Bismarck als den Schöpfer des deutschen Reiches neuester Konstruktion. Das allgemeine Wahlrecht hatte dabei seine Dienste getan, denn die bürgerlichen Parteien wurden im Parlament den politischen Plänen Bismarck's dienstbar gemacht — die Sozialdemokratie war noch bedeutungslos, wenn auch Bismarck müht darüber war, daß Bebel und Liebknecht gegen die Kriegsanleihe von 1870 stimmten.

Nach der Gründung des deutschen Reiches erhielt jedoch das allgemeine Wahlrecht schon eine andere Bedeutung. Die inneren Verhältnisse des neugebeneden Reiches nahmen das Interesse der Bevölkerung mehr in Anspruch, alle Parteien erstrebten stärkeren Einfluß auf sie zu erhalten. Zwar auch jetzt fürchteten die herrschenden Klassen die Sozialdemokratie noch nicht, da diese zu schwach und zum Ueberfluß in zwei sich heftig bekämpfende Fraktionen gespalten war. Jetzt erst glaubten bürgerliche Parteien, wie die Nationalliberalen, ihre parlamentarische Herrschaft durch das allgemeine Wahlrecht begründen zu können.

Das lag natürlich nicht im Plane Bismarck's, der darum nachmalig die Nationalliberalen an die Wand drückte, „daß sie quietstehen“. Insofern machte ihm das allgemeine Wahlrecht keine Beschwerden, denn die bürgerlichen Parteien hatte er als Stützen des Kapitalistenstaates nicht zu fürchten. Als aber — nachdem die sozialdemokratischen Fraktionen ihre Fehde geschlossen hatten — die Partei geeinigt im Kampfe bei den Wahlen von 1877 größere Erfolge errang, als Partei gefestigt vorwärts schritt und bereits eindrucksvoll gegen die wirtschaftspolitische Schwankung Bismarck's von der Freihandels- zur Schutzpolitik ankämpfte, da begann Bismarck das allgemeine Wahlrecht doch unbehaglich zu werden.

Wenn da erst kaum ein Jahrzehnt seit der Gewährung des allgemeinen Wahlrechts verlossen war, konnte der „eiserne Kanzler“ nicht sofort an die Beseitigung dieses Rechtes denken, zumal die Revanchepolitiker in Frankreich sofort die daraus zu befürchtenden Wirren im Innern Deutschlands sich zu Nutze gemacht hätten. Außerdem wollten damals auch die bürgerlichen Parteien sich das Wahlrecht, auf das sie ihre parlamentarische Macht stützten, nicht entreißen lassen, besonders das Zentrum, das durch die „Kulturkampf“gesetz in scharfe Oppositionsstellung gedrängt worden war. Bismarck mußte also auf andere Mittel zur Niederwerfung der von ihm nunmehr bitter gehäßten sozialdemokratischen Opposition sinnen. Bei seiner gewalttätigen Natur fiel es ihm nicht schwer, die brutale Politik der Ausnahmegesetzgebung, die er schon am Zentrum probiert hatte, fortzusetzen. Er ließ zu dem Zwecke der Sozialdemokratie die Attentate Hödels und Nobilings aufhängen und drückte unter Fruktifizierung dieser teuflischen Tugenden das „Monument von unserer Zeiten Schande“, das Sozialistengesetz 1878 im Reichstage durch.

Von der tollen Sozialistenhaß jener Zeit macht man sich heute kaum einen Begriff, sie sollte das allgemeine Wahlrecht für die Sozialdemokratie unwirksam machen, die Partei zerschmettern. Je zäher die kleine sozialdemokratische Reichstagsfraktion, sowie der treu bleibende Stamm der Parteiangehörigen im Reiche Widerstand leistete, umso roher und schweißlicher ließ Bismarck seine Meute gegen die Sozialdemokratie wüten. Diese Schändensherrschaft bezimierte denn auch bei den Reichstagswahlen 1881 die sozialdemokratische Stimmzahl. Bezweckt war, die sozialdemokratischen Abgeordneten samt und sonders aus dem Reichstag zu entfernen, trotzdem kehrte ein Teil der Fraktion in den Reichstag zurück und führte einen erbitterten Kampf gegen die mörderische Politik des „Blut- und Eisenmenschen“ Bismarck.

Konnte die Partei ihr Dasein auch nur in der Geheimbündelei fortföhren, so gewann sie doch infolge einer für

alle Zeiten staunenswerten Opferfähigkeit Schritt für Schritt an Boden. Die Geze hatte ihren Schrecken verloren für diejenigen, die ihr Leben für die Partei zu opfern bereit waren. Bei den Wahlen im Jahre 1884 zeigte sich der Erfolg der geheimen Propaganda in der starken Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen, das Volk glaubte nicht mehr an den gegen die Sozialdemokratie durch die gesamte bürgerliche Presse — wenige Ausnahmen kamen nicht in Betracht — getriebenen blutrünstigen Schwindel. Voll ohnmächtigen Hasses knirschte Bismarck im Reichstage. Sein Vetter von Nuttkamer vollzog die rohen Senkerspläne des „größten Staatsmannes aller Zeiten“, den die Sozialdemokratie schließlich aus dem Sattel hob.

Noch einmal sollte später das allgemeine Wahlrecht eine sozialistenvernichtende Wirkung üben. Um verschlagene Pläne nie verlegen — deshalb bewundern und verehren die Reaktionsäre heute noch Bismarck — setzte er zu den Faschingswahlen von 1887 jenen grandiosen Kriegsschwindel in Szene, der an Stelle des Sozialistenschreckens den Kriegsschrecken setzte. Er war nichts anderes, als ein Verlegenheitsmittel, das dem allgemeinen Wahlrecht seine demokratisierende Wirkung nehmen sollte. Und doch stieg die Stimmzahl der sozialistischen Wähler auf die vorher nie gekannte Höhe von ca. ¼ Millionen. Aber die Zahl der Wählenden war ebenfalls auf eine Höhe gestiegen, wie nie vorher, so daß die sozialdemokratische Fraktion an Zahl wieder geschwächt in den Reichstag einzog.

Die Kartellparteien hatten aus dem Kriegsschrecken den Gewinn gezogen und besaßen im Reichstag die Majorität. Die Wahlen unter dem Sozialistengesetz hatten ihnen gezeigt, daß die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts sich mit der Entwicklung der politischen, sowie der Parteiverhältnisse wandelte. Jetzt sahen die bürgerlichen Parteien ein, daß auch ihnen das allgemeine Wahlrecht gefährlich werden könnte, falls die Sozialdemokratie weiter wuchs. Aber noch glaubten sie nicht an dieses ununterbrochene Wachstum, deshalb unterließen sie es, das allgemeine Wahlrecht anzutasten. Dafür machten sie einen neuen Versuch, die Wirkung des allgemeinen Wahlrechts abzuschwächen, sie verlängerten die Legislaturperioden von drei auf fünf Jahre.

Indes traten Verhältnisse ein, die diesen gegen das Wahlrecht gerichteten Streich durch zwei Legislaturperioden hindurch bereiteten. Im Jahre 1888 trat ein zweimaliger Thronwechsel ein. Die Kaiser Wilhelm I. und Friedrich III. schieden schnell nacheinander aus dem Leben, der jetzige Kaiser trat die Regierung an. Differenzen zwischen ihm und Bismarck führten zum Bruch. Die Sozialdemokratie hatte die sozialistengefährliche Gewaltpolitik überwunden, es gelang dem „eisernen Kanzler“ nichts mehr. Deshalb drängte Wilhelm II. nach einer anderen Kampfmethodo gegen die Sozialdemokratie, die Bismarck nicht akzeptierte und ihn zwang, seine Demission zu geben. Vorher aber hatte die Sozialdemokratie bei den Februarwahlen 1890 ihre Stimmzahl beinahe verdoppelt.

Die nächste Legislaturperiode hätte nun bis 1895 laufen müssen, aber sie endete bereits 1893, da der Reichstag wegen Nichtbewilligung einer Militärvorlage aufgelöst wurde. Zu dieser Nichtbewilligung hatte die Sozialdemokratie nach Kräften beigetragen. Das allgemeine Wahlrecht stärkte die sozialdemokratische Opposition, das sahen die bürgerlichen Parteien zu ihrem Schrecken ein und nunmehr nahm der Kampf gegen das Wahlrecht festere Formen an, bürgerliche Reaktionsäre scheuten sich nicht mehr, ihrer Feindschaft gegen das allgemeine Wahlrecht Ausdruck zu geben.

## Sozialdemokratie und Gewerkschaft.

In der Neuen Zeit, Heft Nr. 49, schreibt Kautsky über die Stellung der Gewerkschaften zur Partei in einem Artikel, der dem Dresdner Parteitag gilt, folgendes, mit dem wir vollinhaltlich einverstanden sind:

„Ist der Wahlkampf die ausgiebigste und vollendetste Form der Propaganda in den proletarischen Massen, so ist die Gewerkschaft die einzige Form, jene Schichten des Proletariats, die überhaupt kampffähig und organisierbar sind, in Masse zu organisieren. Die politischen Organisationen des Proletariats werden stets nur eine kleine Elite umfassen; Massenorganisationen können nur die Gewerkschaften bilden. Eine sozialdemokratische Partei, deren Kerntruppen nicht die Gewerkschafter bilden, hat daher auf Sand gebaut. Die Gewerkschaften müssen außerhalb der Partei bleiben; das gebietet nicht bloß die Rücksicht auf unsere Vereinsetze, sondern auch die Rücksicht auf die besonderen Aufgaben dieser Organisationen. Aber die Sozialdemokratie hat stets dahin zu trachten, daß die Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen von sozialistischem Geiste erfüllt sind. Die sozialistische Propaganda unter den Gewerkschaftern hat Hand in Hand zu gehen mit der Propaganda für die Gewerkschaften in der Parteitagation.“

Besonders wertvoll für Gewerkschaften wie Sozialdemokratie wirkt die Personalunion beider in der Form, daß Vertrauensämter der einen wie der anderen in einer Hand vereinigt werden. Es ist keine Frage, daß das Parteileben ein viel weiteres Gebiet eröffnet, als das Leben einer einzelnen Gewerkschaft, daß es den Blick erweitert und erhebt, während die letztere ihn verengt. Die Beschränkung auf das Gewerkschaftsleben macht den Gewerkschaftsbeamten nur zu leicht borniert und einseitig, wie so manches englische Beispiel deutlich bezeugt. Die Parteitätigkeit bildet ein heilsames Gegengewicht dagegen, sie macht die Tätigkeit des Gewerkschafters in seiner Gewerkschaft selbst fruchtbarer und einheitlicher. Nicht zum wenigsten dem ist es zuzuschreiben, wenn die deutschen Gewerkschaftskongresse den englischen intellektuell überlegen sind.

Aber auch die Partei zieht Nutzen aus dieser Vereinigung. Das zunehmende Ueberwiegen der Akademiker in den Parteiamtern wird oft als ein Uebelstand empfunden; es kann sicher einer werden und den proletarischen Charakter der Partei verdunkeln, wenn es zu große Dimensionen annimmt. Ein genügender Nachschuß von parlamentarisch, administrativ, schriftstellerisch geschulten Proletariern ist aber

fast nur in den Gewerkschaften zu finden und kann der Partei am ehesten zugeführt werden durch die Personalunion von Gewerkschaft und Partei. Es ist eine der erfreulichsten Erscheinungen des jüngsten Wahlkampfes, daß er eine Reihe von Gewerkschaftsbeamten teils wieder, teils neu in den Reichstag brachte.

Nur wenn Gewerkschaften und Partei Schulter an Schulter stehen, sind sie den schweren Aufgaben gewachsen, die beiden aus der zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Krisis der bürgerlichen Gesellschaft erwachsen.

Am offenkundigsten tritt die Gemeinsamkeit der Interessen von Partei und Gewerkschaft in der Matifester zu Tage, die der Propagierung der politischen wie gewerkschaftlichen Ziele des kämpfenden Proletariats gilt und die zu ihrer Durchführung in gleicher Weise der Partei wie der Gewerkschaft bedarf.

Noch haben wir immer nichts zu revidieren und können bleiben, was wir waren, die Partei des Klassenkampfes der Arbeiterklasse, die wohl soziale Reformen für diese auf politischem Wege zu erringen sucht und ihr ökonomischen Organisationen in jeder ihr möglichen Weise fördert, die aber trotz dieser räsonierenden Tätigkeit eine Partei der Revolution ist und jedes Faktieren mit den herrschenden Klassen zurückweist.

## Tabak überall.

Zigarrenarbeiter auf Staatskommando.

Ueber eine originelle Verwendung arbeitsloser Bergleute bringen die Dresdner Neuesten Nachrichten folgende Notiz: Das altbewährte Rutenberger Silberbergwerk in Böhmen wird nun vollständig aufgelassen und alle Werke total vermauert werden. Die jüngeren noch im Werke arbeitenden Bergleute werden als Fabrikarbeiter in die Tabakfabrik Sedletz aufgenommen, die älteren Bergleute noch bis Ende des Jahres einfahren und dann pensioniert werden.

Der Verbrauch von nordamerikanischen Tabaken

in der deutschen Tabakindustrie scheint dauernd zurückzugehen. Aus den Vereinigten Staaten stammende unbeschriebene Tabakblätter und Tabakrippen wurden in Deutschland im Jahre 1898 noch in einer Menge von 134 649 Doppelzentner bezollt; 1899 ging die bezollte Menge auf 130 566, 1900 auf 127 389, 1901 auf 115 082, 1902 auf 108 671 Doppelzentner herab, und in den sieben Monaten Januar bis Juli 1903 belief sie sich auf 60 611 Doppelzentner gegen 63 983 Doppelzentner gleichzeitig 1902. Auch im deutschen Zwischenhandel mit nordamerikanischen Tabaken ist ein Rückgang eingetreten, der indessen im vorigen Jahre wieder einer erheblichen Steigerung Platz machte. Die gesamte Rohabakimport des deutschen Zollgebiets aus den Vereinigten Staaten (Einfuhr auf Niederlagen und Einfuhr zur direkten Verzollung) belief sich 1897 auf 329 849 Doppelzentner, 1898 auf 266 989, 1899 auf 254 372, 1900 auf 227 011, 1901 auf 215 403 und 1902 auf 244 179 Doppelzentner. Aus dem Vergleich dieser letzteren Mengen geht hervor, daß ein großer Teil der eingeföhrt nordamerikanischen Tabake nach dem Auslande weiter verkauft wird.

Ueber die Ausfuhr von Tabak und Tabakfabrikaten

aus Deutschland nach Britisch Ostindien bringt das Deutsche Handelsarchiv folgende Mitteilungen: Die Zunahme der Einfuhr von Tabak hat sich andauernd vermehrt, ein Umstand, der hauptsächlich der Zunahme des Zigarettenrauchens unter den Eingeborenen, selbst in den niedrigen Klassen, zuzuschreiben ist. Besonders sind es englische, amerikanische und ägyptische Zigaretten, die hier zu wohlfeilen Preisen auf den Markt gelangen. An der Gesamteinfuhr im Werte von 2 094 476 Rupien war Deutschland nur mit 514 150 Rupien beteiligt. Größer ist der Wettbewerb Deutschlands bei der Einfuhr von Zigarren. Es führte bei einer Gesamteinfuhr im Werte von 297 011 Rupien im Berichtsjahre für 30 001 Rupien ein; Großbritannien, Belgien, die Philippinen und Straits-Settlements gehen ihm hierbei voran.

Französische Tabakläden.

Ueber französische Tabakläden bringt Der Tag aus der Feder von Karl Eugen Schmidt (Paris) folgende interessante Einzelheiten.

Es muß einem deutschen Leser außerordentlich komisch vorkommen, wenn er in einer französischen Zeitung liest, der Finanzminister habe soeben die Liste der neuen Tabakläden aufgestellt, und unter den Inhabern befinden sich: Madame de Montholon, die Witwe des Gesandten, Fräulein Manau, die Tochter des aus dem Dreifußprozesse bekannten Generalprokurators, die Witwen der Generale Moisson und Hervé, der Präfekten Bernet und Cruchon und zahlreicher Senatoren und Deputierten. Eine Generalwitwe oder gar eine Gesandtenwitwe als Zigarrenverkäuferin! Das erscheint gar zu komisch.

In Wirklichkeit ist die Sache nicht komisch, aber sehr erfreulich für die Beteiligten. Tabakläden oder vielmehr Bureau de tabac ist in Frankreich nur ein anderes Wort für Goldgrube. Auf tausend Läden im deutschen Reiche, wo man Tabak und Zigarren kaufen kann, kommt in Frankreich kaum ein einziger. Es gibt in Paris wenigstens doppelt so viele Apotheken wie Tabakläden, und auch das wird den Deutschen einermachen in Erstaunen setzen. Denn während in Deutschland die Zahl der Apotheken von der hohen Obrigkeit festgestellt ist, kann in Frankreich jeder studierte und geprüfte Apotheker seine Bude aufmachen, wo er will. Das nämlich kann in Deutschland jeder tun, der Tabak und Zigarren verkaufen will, in Frankreich aber ist alles, was mit Tabak und Streichhölzern zusammenhängt, Staatsache, und es gibt so schrecklich wenig Tabakläden, daß der Inhaber eines solchen einfach ein reicher Mann ist. Wenn also der französische Staat einer Generalwitwe einen Tabakladen überweist, so ist das nur eine andere Form

für die Auszahlung einer Pension, die je nach der Lage des betreffenden Ladens zwischen zehn- und hunderttausend Franken schwankt. Natürlich legt sich die Witwe des Geänderten nicht in die Bude, sondern sie verpachtet die Sache an einen Industriellen, der ihr dafür jährlich eine bestimmte Summe abgibt.

In ganz Paris gibt es genau eintaufendundsiebzehn Tabaksläden, also gerade einen Tabaksladen auf 28 000 Einwohner. Da können Sie sich denken, was die glücklichen Besitzer dieser Läden verdienen! Aber Sie können sich nicht denken, wenn Sie es nicht aus eigenem Augenschein wissen, welch ein schmutziges, enges, abheuliches Loch ein Pariser Tabaksladen ist. Die deutschen Zigarrenläden sind damit verglichen wirkliche Paläste. Ein französischer Tabaksladen ist ganz einfach ein enger, schmaler Raum, wo hinter einer Theke ein unhöfliches, männliches oder weibliches Wesen sitzt. Vor der Theke ist der Raum von 8 Uhr Morgens bis nach Mitternacht unablässig mit Käufern angefüllt. Alle Käufer sind so höflich und liebenswürdig wie, na, wie Franzosen, die Verkäufer aber, die das Monopol haben und deshalb nichts zu tun brauchen, um die Kunden anzuziehen, sind so unmantierlich und mürrisch wie — na, sagen wir, wie ein Londoner Bürgerpaar auf der Reise irgendwo auf dem Festlande.

Und teuer ist die französische Rauchware! Der billigste Rauchtobak kostet 12,50 Franken das Kilo. Indessen muß man zugeben, daß er nicht so schlecht ist wie der billigste deutsche Tabak, den man wahrscheinlich für den zwölften Teil dieser Summe kaufen kann. Und dann ist noch etwas Gutes am französischen Tabaksladen und am Tabaksmopol. Das ist, daß man überall im Lande, auf dem Pariser Boulevard wie im entlegensten Dörfchen, die nämliche Sorte zum gleichen Preise erhält. Dieser besonders in der sommerlichen Reisezeit sehr fühlbare Vorteil läßt uns die Nachteile des Monopols fast vergessen, und nur wenn wir bis über die französischen Grenzen hinaus reisen und in Belgien oder Deutschland wieder einmal einen ausländischen Zigarrenladen sehen, machen wir eine Faust.

## Gewerkschaftliches.

**Bremen.** Zigarrensortierer, Bäcker und Kistenbelleber! Bei der Firma Schröder und Donop bestehen Differenzen. Die Sortierer, Bäcker und Kistenbelleber werden die Fabrik deshalb meiden, bevor nicht die Sperre wieder aufgehoben ist.

**Bischofsverda.** Bei der Firma E. Lange sind Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

**Berg a. Harz.** Wegen Differenzen ist über die Fabrik von Sprehn u. Guhl die Sperre verhängt; es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten. Sämtliche Arbeiter sind ausgesperrt. F. A.: Der Bevollmächtigte.

**Bage (Lippe).** In der Zigarrenfabrik von Fr. Hartmann sind Lohnabzüge gemacht worden. Alle Verbandskollegen sind abgereist. Ueber die Fabrik ist die Sperre verhängt. Alle benachbarten Zahlstellen wollen dieses den durchreisenden Mitgliedern mitteilen. Zugang ist fernzuhalten. F. A.: Der Bevollmächtigte.

**Buda (Niederlausitz).** Zugang ist streng fernzuhalten, indem bei der Firma E. S. Hünzel sämtliche organisierte Arbeiter ausgesperrt sind.

**Rußloch (Baden).** Da wir gegenwärtig mit der Firma Simon u. Comp. in Lohn Differenzen stehen, resp. die Sortiererinnen, so möchten wir bitten, den Zugang von Sortierern nach Rußloch strengstens fernzuhalten.

**Schwerin a. B.** In der Zigarrenfabrik von Frau Wwe. Quaß sind Lohn Differenzen ausgebrochen.

**Arbeitslosenunterstützung.** Die am 15. und 16. August stattgefundene Abstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Zentralverband der Löhner ergab ein ablehnendes Resultat. Von 9788 Mitgliedern haben 7687 von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht, das sind 78,5 Prozent. Die Beteiligung der Mitglieder an der Abstimmung war mithin eine starke. 2337 Mitglieder haben für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung gestimmt, 4818 dagegen, 32 Stimmen waren unglücklich. — Auch im Schiffszimmererverband hat eine Abstimmung stattgefunden. Von den 2085 Mitgliedern haben 1659 ihre Stimme abgegeben und zwar 909 für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und 750 gegen dieselbe. Da die beschlossene Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde, gilt die Einführung für abgelehnt.

**Der 36. Jahreskongreß der englischen Trade Unions** ist am Montag, den 7. September, in Leicester eröffnet worden. Die Zahl der Delegierten beträgt 460, die 250 Gewerkschaften mit 1 500 000 Mitgliedern vertreten. Im Jahre 1877, als der Kongreß zum letztenmal in dieser Stadt tagte, waren nur 141 Delegierte, die 112 Gewerkschaften vertraten, antwesend. Nach den üblichen Begrüßungen, die durch den Lordmayor von Leicester und den Präsidenten des Gewerkschaftsrates stattfanden, wurde der Bericht des Parlamentarischen Komitees gegeben. Einen breiten Raum im Bericht nehmen naturgemäß die Laff-Bale-Angelegenheit und die aus ihr resultierenden Entscheidung der Gerichtshöfe, die Auslegung des Verschönerungsgesetzes und der Bestimmungen über die Streikposten ein. Ein Gesekentwurf betreffend die Unfallversicherung für Arbeiter ist auf Veranlassung des Parlamentarischen Komitees dem Parlament unterbreitet; ebenso ist, wie üblich, die vom letzten Kongreß angenommene Resolution bezüglich der Alterspensionen für Arbeiter dem Ministerium eingereicht. — Bezüglich der Laborcommission, eingesetzt von der Regierung, um Untersuchungen über das Wirken der Gewerkschaften anzustellen, empfiehlt das Parlamentarische Komitee dem Kongreß, seitens der Gewerkschaften jede Mitarbeit und die Ablegung von Zeugnis vor dieser Kommission zu verweigern, weil die Zusammenkunft derselben gegen die Wünsche und Interessen der Arbeiter gesehen.

Am ersten Verhandlungstage (Dienstag) wurde ihm eine Resolution vorgelegt, in der alle Arbeitervereinigungen dringend aufgefordert werden, gegen Chamberlains Finanzpolitik, die als schädlich und gefährlich bezeichnet wird, Stellung zu nehmen. Es kam darüber zu einer lebhaften Erörterung, in der eine Verschiedenheit der Ansichten zu Tage trat insofern, als ein Teil der Redner Chamberlain und seine Politik beurteilte, während der andere Teil sich nachdrücklich dagegen aussprach, daß die Arbeiter sich hartnäckig der vorgeschlagenen Unter-

suchung widersetze und die Delegierten warnte, die Erörterungen durch persönliche Feindschaft gegen Chamberlain beeinflussen zu lassen. Schließlich wurde die Chamberlains Politik beurteilende Resolution unter lautem Beifall gegen zwei Stimmen angenommen.

**Tarifvereinbarung im Chemigraphengewerbe.** Zwischen dem Verein der Lithographen, Steinbruder und Berufsgeoffenen und dem Bunde der chemigraphischen Anstaltsbesitzer Deutschlands ist ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der zunächst auf drei Jahre gilt und nach dieser Zeit auf weitere drei Jahre in Kraft tritt, wenn bis zum Jahre 1906 nicht der Beweis erbracht ist, daß die beiderseitigen Organisationen nicht an Mitgliederzahl gewachsen sind. Vereinbarung wurde folgendes: Die Arbeitszeit beträgt ab 1. Januar 1904 in den ersten drei Jahren 8½, dann 8¼ Stunden, wo eine kürzere Arbeitszeit besteht, bleibt diese unberührt. Für die gelehrten Arbeiter beträgt der Mindestlohn 24 Mark pro Woche, nur der Lehrlingdarf den Ausgelernten im ersten Jahre 21 Mark bezahlen. Der Lohn muß wöchentlich, darf aber nicht am Sonnabend ausbezahlt werden. Auch für die Ueberstundenarbeit wurden Feststellungen getroffen. Für gesetzliche oder von dem Geschäftsinhaber angeordnete Feiertage dürfen keine Abzüge gemacht werden. Zur Verhinderung der Lehrlingszüchterei wurde eine Staffel über die in einer chemigraphischen Anstalt zu haltenden Lehrlinge geschaffen. Geschaffen wurde auch ein Tarifamt, ein Tarifauschuß, ein Schiedsgericht und Arbeitsnachweise. Zunächst wurden vier Tarifkreise errichtet. Organ für die Tarifgemeinschaft ist die Zeitschrift für Deutschlands Buchbruder, Steinbruder und Berufsgeoffenen und die Graphische Presse. Das Tarifamt hat seinen Sitz in Berlin und besteht aus drei Prinzipalen und drei Gehilfen sowie deren Stellvertretern. Die Kosten werden zu gleichen Teilen getragen. Die dem Bunde angehörigen Unternehmer dürfen nur Arbeiter beschäftigen, die dem obengenannten Verbands angehören, und organisierte Arbeiter dürfen nur in Betrieben Arbeit nehmen, die Mitglieder des Verbandes sind.

## Das Arbeiterelend in Rußland.

Die Arbeiterbewegung hat in Rußland, so wird der Wostischen Zeitung aus Petersburg geschrieben, besonders scharfe Formen angenommen und das kann im Hinblick auf die dortigen sozialen Verhältnisse nicht sonderlich überraschen. Die amtlichen Kreise suchen allerdings den wahren Sachverhalt zu verschleiern und verordnen gelegentlich Besserungen und Erleichterungen, die dann von der ganzen Presse als bedeutende Errungenschaft hingestellt werden. Unkundige werden dadurch zuweilen getäuscht, aber die Tatsache läßt sich auf die Dauer nicht unterdrücken, daß der russische Arbeiter in seiner Lebenshaltung, Wohnung, Löhnung, Tätigkeit, kurz in allem, was das Leben mit sich bringt, wesentlich schlechter als sein Berufsgenosse in den europäischen Kulturstaaten dasteht. Die Bestätigung dieser Behauptung findet man in einer kürzlich erschienenen Abhandlung des früheren Fabrikinspektors Mssenow, die in einer amtlichen Publikation des statistischen Gouvernementskomitees von Sankt Petersburg erschienen ist und ein charakteristisches Bild der Lage des dortigen Arbeiters entwirft. Mssenow schildert zuerst die Wohnungsverhältnisse.

„Normale menschliche Wohnungen“, bemerkt er, „gibt es im Gouvernement Sankt Petersburg nur auf der Luganskischen Fabrik Hartmanns. Ueberall sonst sind die Arbeiterwohnungen kalt und feucht, zum Teil ohne Fußböden und ohne Decken; sie verdienen nicht die Bezeichnung menschlicher Wohnstätten.“ In großen kasernenartigen Gebäuden sind nach Mssenow männliche und weibliche Arbeiter zusammengepfercht und für jeden steht etwa ein halber Kubikmeter zur Verfügung, während er nach dem Gesetze mindestens drei haben müßte. Als Schlafstellen dienen Pritschen, die nach ärztlicher Feststellung zur Verbreitung ansteckender Krankheiten außerordentlich viel beitragen. Das ist gewiß außerordentlich schlimm, und namentlich sind es die Arbeiter in den Eisengießereien und Maschinenfabriken, die auf diese Weise untergebracht sind. Aber viele haben es noch weit schlechter. Nur zwei bis drei Ziegeleien im ganzen Gouvernement besitzen nämlich derartige Kasernen für ihre Arbeiter. Bei den übrigen müssen die Leute in Höhlen wohnen oder in Räumen, nicht höher und geräumiger wie Vogelkäfige. Hier sei hinzugefügt, daß es besonders die russischen Arbeiter sind, die mit den elendesten Wohnungen vorlieb nehmen. Die Belgier, die ebenfalls in großer Zahl in Sankt Petersburg arbeiten, haben im Allgemeinen bessere Wohnungen, was sich wohl mit der Weigerung derselben, in den erwähnten schlechten Räumen zu wohnen, erklären läßt.

Mssenow geht dann auf die den Arbeitern zu teil werdende ärztliche Hilfe und Pflege ein.

Auch diese ist in Sankt Petersburg recht im argen. Das vorgeschriebene Krankenhaus findet sich nur bei einer Fabrik. Die übrigen großen Betriebe halten nur 1—3 Zimmer zur Verfügung der Kranken, doch genügen diese in keiner Weise den sanitären Vorschriften und dienen im Grunde nur dazu, rein äußerlich das Gesetz zu erfüllen. Die kleinen Fabriken endlich haben meistens weder einen Arzt noch eine Apotheke und können deshalb in Krankheitsfällen gar nichts tun. Schließlich bespricht Mssenow die Schutzvorrichtungen in den Fabriken, die er ebenfalls für völlig ungenügend und unzweckmäßig erklärt. Unglücksfälle sind deshalb nicht selten, aber trotzdem erhält der geschädigte Arbeiter nur selten und dann nur unvollkommen Ersatz. Das Urteil des ehemaligen Fabrikinspektors ist herbe und scharf und auf fallenderweise wird es von der Presse nicht unterdrückt. Schlimm genug muß es den Arbeitern gehen, wenn solche Veröffentlichungen von der Zensur gestattet werden. Allerdings ist in der Darstellung Mssenows nur von einem Gouvernment die Rede; aber ähnliche Zustände herrschen doch wohl auch in den meisten übrigen Reichsteilen.

## Berichte.

**Priebeus.** Am 25. August fand hier eine gut besuchte öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Kiesel-Verlin über das Thema: Was bietet der Deutsche Tabakarbeiterverband seinen Mitgliedern? referierte. Kollege Kiesel schilderte zuerst die traurige Lage der schlesischen Tabakarbeiter und stellte fest, daß die Löhne der schlesischen Tabakarbeiter den Löhnen der schlesischen Weber gleichkommen. Die Ursachen der schlesischen Hungerlöhne in der Tabakindustrie liegen in der willkürlichen Ausbeutung durch die schlesischen Tabakindustriellen. Sie verstehen ihre Interessen gut zu wahren, die Ausbeutung der Tabakarbeiter ins Unermeßliche zu steigern, indem sie sich gut organisiert haben, während die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen ihre eigenen Arbeitsinteressen vernachlässigen. Es sind von den neuntaufend organisationsfähigen Tabakarbeitern und Arbeiterinnen nur zweitaufend organisiert. Der

Arbeiter habe nur seine Arbeitskraft, mit dieser muß er gut zu wirtschaften verstehen, er darf sie nicht zu billig an den Unternehmer verkaufen. Aber als einzelner steht er dem Unternehmer gegenüber machtlos da. Der Arbeiter muß sich das Unternehmertum zum Vorbild nehmen betreffs der Organisation, er muß sich ebenfalls organisieren. Die Organisation muß eine Macht werden, muß das Gegengewicht bilden gegen die schrankenlose Ausbeutung der Arbeiter durch das Unternehmertum. Die Statistik weist nach, daß in solchen Gegenden, wo die Organisation schwach vertreten ist, die erbärmlichsten Hungerlöhne gezahlt und die Arbeiter am meisten schikanieren werden; dagegen in Orten, wo eine straffe Organisation vorhanden ist, bessere Löhne gezahlt werden. Darum muß jeder Tabakarbeiter und jede Arbeiterin, denen ihre Familie und ihre Kinder nicht gleichgültig sind, in den Verband eintreten. Redner bespricht dann die Einführung der neuen Unterstützungsformen durch die Dresdener Generalversammlung. Die Einführung der obligatorischen Zuschußklasse ist unbedingt im Interesse des Verbandes notwendig gemein. Die Zentralkrankenkasse stehe nicht mehr auf der Höhe der Zeit, sie hemme den Fortschritt im Verbands. Des längeren verteilte Kollege Kiesel bei der Arbeitslosenunterstützung und macht folgende Ausführungen: Wenn durch die heutige unsichere Konjunktur auf dem Weltmarkte, von der die Arbeiter der meisten Industrien abhängig sind, Geschäftsstockungen, Krisen, hereinbrechen, sind gerade wieder wir Tabakarbeiter am meisten geschädigt. Die Arbeiter können eher eine Zigarre entbehren als die notwendigen Nahrungsmittel. Es entsteht durch die Krise ein Minderkonsum an Zigarren, infolgedessen erhöht sich die Arbeitslosigkeit unter den Tabakarbeitern. Durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sind die Tabakarbeiter wenigstens vor der äußersten Not, dem Hunger, geschützt. Redner erging sich dann in Ausführungen über die Einführung der Wöchnerinnenunterstützung, der Umdänderung des Sterbegeldes und über die Leistungen des Verbandes und wies auf die noch drohende höhere Besteuerung des Tabaks hin. Es wurden diese Ausführungen des Redners von der Versammlung mit Beifall angenommen. Nachdem noch einige von Kollegen gestellte Fragen vom Referenten beantwortet wurden, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter geschlossen. Der Schriftführer.

## Berichtigung.

Im Agitationsbericht des Kollegen W. Herrmann wird unter Griesheim gesagt, daß dort die Rollerrinnen einen geringeren Lohn erhielten. Dem ist nicht so, wie die Bevollmächtigten in Griesheim behaupten. Der Lohn für Roller wie für Rollerrinnen soll gleich hoch sein. Der Vorstand.

## Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 50. Heft des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine Politik der Bergweisung. — Noch ein Wort zum Parteitag. Von Karl Kautsky. — Zur Eisenbahnfrage. Eine Aufgabe unserer Reichstagsfraktion. Von Wilhelm Reil. — Der Arbeitsnachweis als Kampfmittel der Arbeitgeberverbände. Von Emil Fischer. — Der deutsche Städtetag und die deutsche Städteausstellung. Von Emanuel Burm. — Jugendliteratur und Sozialismus. Von Richard Lepp. — Litterarische Rundschau: Dr. Theodor Spidemann, Der Teilbau in Theorie und Praxis. Von Ludwig Quessel. Die genossenschaftliche Vrotproduktion. Dr. med. Heberlin. Der habituelle Schwachsinn des Mannes. Von Ferdinand Frey. Probenummern sehen jederszeit zur Verfügung.

Soeben ist Nr. 25 des Simplicissimus erschienen und enthält folgende Zeichnungen: Kölner Katholikentag von Bruno Paul. Galerie berühmter Zeitgenossen VI: Leo Tolstoi und Ein Mißverständnis in neun kleinen Tafeln von D. Gulbransson. Der Herr Amtsrathier beim Stiftungsfest von Rudolf Wille. Alles in Ordnung und Je nachdem von J. B. Engl. Doch eenez von Ed. Thöny. Zweierlei von Wils. Schulz, Monte Carlo von F. v. Reznicek. Textlich ausgestattet ist die Nummer mit zwei Gedichten: Vom Katholikentage von Peter Schlemihl und Im Heimatsdorf von Deibel v. Liliencron; ferner mit drei Beiträgen unter der Rubrik Lieber Simplicissimus.

## Sendaler Jammer.

Hans Nechberg trank ennetbirgischen Wein,  
War munter und guter Dinge;  
Er sprach zu Thomas von Falkenstein:  
„Du schlägst eine gute Klinge!

Du schlägst eine Klinge . . . im ganzen Land  
Kann keiner mit dir sich messen,  
Und dennoch verlorst du unter der Hand  
Die Schlösser, so du besessen!“

Doch dieser sprach in jähem Grimm  
Und stürzte seinen Humpen:  
„Weim heiligen Georg! die Zeit ist schlimm . . .  
Und niemand mag mir pumpen.“

Vom Stegreif lebt sich's auch nur schlecht,  
Wir brauchen Laßt und Zindel,  
Und froh vom Leder zieht der Rnecht  
Und das schnöde Krämergefindel.

Die Zeit ist schlimm . . . mir vergeht der Geschmad  
Am Wegelagern und Balgen . . .  
Ich wollte, das Bauern- und Bürgerpad  
Es hinge am höchsten Galgen.

Rein fröhlicher Krieg ist mehr im Land,  
Rein Geschäft mehr hinter der Hecke . . .  
Ich glaube, es wachsen unserm Stand  
Ueber den Kopf die Pfefferfäde!“

Und Nechberg sprach: „Fast hast du recht,  
Die Not der Zeit ist bitter!  
Doch bleibt das Volk stets ein dienstbar Geschlecht,  
Wir bleiben stets Grafen und Ritter.“

Und wie es zu allen Zeiten geschah,  
Geschieht es zu allen Zeiten:  
Die Klugheit der einen ist dazu da,  
Auf der Dummheit der andern zu reiten.

Laß Schäge sie häufen und pflügen das Sand,  
Laß sie schaffen und sammeln wie Bienen . . .  
Wir leben als privilegierter Stand  
Nur um so munt'rer aus ihnen!

Laß ihnen die Mühsal, laß ihnen den Schmutz,  
Laß sie knaden die härteren Nüsse  
Des Daseins! . . . uns bleiben der adlige Trutz  
Und die feineren Lebensgenüsse!

Und wenn man das Volk nicht zu fördern mehr weiß,  
Dann wird das Saar geschoren:  
Wir machen als Pfaffen die Hölle ihm heiß  
Und ziehn ihm das Fell über die Ohren!“

Heinrich Leuthardt.